



# Working Paper

## **Politisches Vertrauen in neuen Demokratien Europas**

Ein tausch- oder gemeinschaftsbasiertes  
Phänomen?

Daniela Braun

Daniela Braun

**Politisches Vertrauen in neuen Demokratien Europas**

Ein tausch- oder gemeinschaftsbasiertes Phänomen?

Arbeitspapiere – Working Papers

Nr. 131, 2010

Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung

**Braun, Daniela:**

Politisches Vertrauen in neuen Demokratien Europas: Ein tausch- oder  
gemeinschaftsbasiertes Phänomen? / Daniela Braun. – Mannheim : 2010

(Arbeitspapiere - Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung ; 131)

ISSN 1437-8574

Nicht im Buchhandel erhältlich

Schutzgebühr: € 3,00

Bezug: Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung (MZES), Postfach, 68131 Mannheim

WWW: <http://www.mzes.uni-mannheim.de>

Redaktionelle Notiz:

***Daniela Braun** ist Projektmitarbeiterin am Mannheimer Zentrum für europäische Sozialforschung (MZES) und promoviert im Rahmen der deutsch-französischen Doktorandenschule „Comparing Democratic Societies in Europe“ (CODESE) der Universität Stuttgart. Ihre Forschungsinteressen liegen im Bereich der politischen Soziologie.*

## Zusammenfassung

Jede Demokratie lebt vom Vertrauen der Bürger in die Institutionen des Staates. Insbesondere in neuen Demokratien ist politisches Vertrauen notwendig, und dennoch nur geringfügig ausgeprägt, da es in den autokratischen Vorläuferregimen weder erforderlich, noch gegeben war und nach dem erfolgtem Systemumbruch mühevoll aufgebaut werden muss(te). Vor dem Hintergrund der aktuellen Zusammensetzung der Europäischen Union (EU) – die Mehrheit der EU-Mitgliedsstaaten verfügt über ein autokratisches Erbe – sollen im Rahmen dieses Arbeitspapiers die neuen Demokratien Süd-, Mittel- und Osteuropas hinsichtlich des politischen Vertrauens beleuchtet werden. In theoretischer Hinsicht leistet dieses Papier einen Beitrag zur kontroversen Debatte über die Erklärungsfaktoren politischen Vertrauens. Berücksichtigt wird dabei nicht nur die empirische, sondern auch die theoretische Relevanz einer Verknüpfung der konkurrierenden kulturalistischen und institutionalistischen Ansätze. Auf Basis neuer konzeptueller Überlegungen wird weiterhin die Entwicklung des politischen Vertrauens und seiner Bestimmungsfaktoren dargestellt. Die Untersuchung erfolgt mittels Individualdaten (*World Values Survey*) zu drei aufeinander folgenden Zeitpunkten, da anzunehmen ist, dass politisches Vertrauen insbesondere in neuen Demokratien einem stetem Wandel unterworfen ist.

## Inhalt

1. Einleitung .....	1
2. Zur Definition politischen Vertrauens .....	3
2.1 Was ist Vertrauen und was ist politisches Vertrauen? .....	3
2.2 Ist politisches Vertrauen notwendig...? .....	4
2.3 ...und wenn ja: welches Konzept zu Grunde legen? .....	5
3. Die Quellen politischen Vertrauens .....	6
3.1 Kulturalismus: Sozialisation, Sozialkapital und Wertewandel.....	7
3.2 Institutionalistische Erklärungsansätze .....	9
3.3 Politisches Vertrauen in neuen Demokratien und im Zeitverlauf.....	11
4. Untersuchungsdesign.....	12
4.1 Konzept und Hypothesen .....	12
4.2 Daten.....	14
4.3 Operationalisierung.....	15
5. Politisches Vertrauen und seine individuellen Quellen .....	16
5.1 Vertrauen in das Parlament .....	16
5.2 Wesentliche Modelle des politischen Vertrauens .....	19
5.2.1 Kulturalistisches Modell .....	19
5.2.2 Institutionalistisches Modell .....	21
5.2.3 Das Gesamtmodell .....	24
5.3 Gemeinschafts- oder tauschbasiertes Vertrauen? .....	26
6. Fazit.....	29
Anhang .....	31
Literatur.....	32

## 1. Einleitung

Ein Blick in die politische Entwicklung der gegenwärtigen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union (EU) zeigt, dass mehr als die Hälfte einen nicht-demokratischen Hintergrund besitzt. Die Aufnahme zukünftiger Kandidaten wird dieses Ungleichgewicht sogar noch verstärken: Neben den Beitrittskandidaten mit aktuell laufenden Verhandlungen, der Türkei und Kroatien, stehen Mazedonien (ohne laufende Verhandlungen) und die verbleibenden vormals jugoslawischen Staaten in den Startlöchern. Denkbar, wenn auch nicht in naher Zukunft, sind zudem Beitrittsverhandlungen mit den ehemaligen Sowjetrepubliken, wie beispielsweise Weißrussland, der Ukraine oder Moldawien.

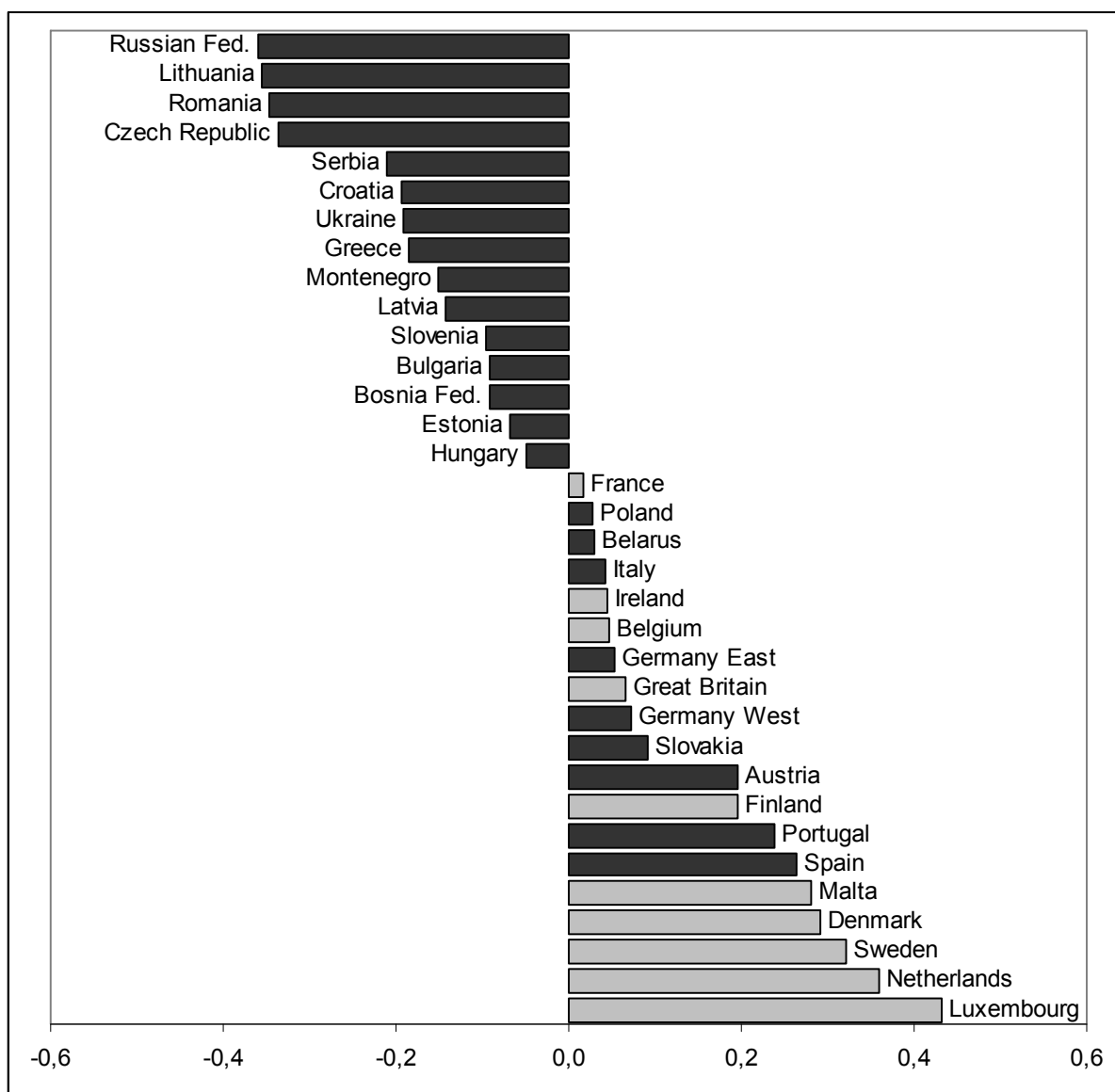
Aus diesem Grund ist es nicht zuletzt für die zukünftige Entwicklung der EU von Interesse, wie und in welchem Maße sich das autokratische Erbe auf die demokratischen Nachfolgestaaten auswirkt. Im Rahmen der vorliegenden Arbeit wird deshalb das Vertrauen in die demokratischen Institutionen neuer europäischer Demokratien untersucht. Politisches Vertrauen<sup>1</sup> ist für neue wie etablierte Demokratien gleichermaßen von Bedeutung; in neuen Demokratien jedoch umso stärker, da Vertrauen in den nicht-demokratischen Vorläuferstaaten nicht notwendig war – die Bevölkerung konnte auch über Zwang (smittel), Autorität und Ideologie kontrolliert werden (vgl. Marková 2004; Tyler 1998). Insbesondere in den totalitären Regimen des kommunistischen Europas wurde sogar bewusst Misstrauen geschürt (Marková 2004; Watier/Marková 2004), was ein problematisches – da nicht auf Vertrauen basiertes – Verhältnis der Bürger zu den offiziellen Institutionen des Systems zur Folge hatte: „Die Menschen sind unsicher, wem sie trauen können und sollten; sie sehen den Staat nicht als eine Instanz des Schutzes sondern als einen Agenten von Misshandlung.“ (Pye 2000: 13)

Vertrauen entsteht nicht aus dem Nichts, so dass auch im Jahr 2004 – also über zehn Jahre nach dem erfolgreichen Systemumbruch in Mittel- und Osteuropa sowie knapp 30 Jahre nach dem Ende der autoritären Regime in Südeuropa – große Unterschiede zwischen dem Parlamentsvertrauen in etablierten und neuen Demokratien bestehen. In Abbildung 1 werden diese Unterschiede – gemessen am durchschnittlichen Vertrauen<sup>2</sup> in Europa – sehr deutlich: Während die Bürger in Westeuropa dem Parlament eindeutig mehr Vertrauen entgegenbringen als im gesamteuropäischen Vergleich, sind die Werte in den neuen Demokratien Mittel- und Osteuropas deutlich geringer. In den südeuropäischen Ländern, deren Systemtransformation von einer autoritären Herrschaftsform hin zur Demokratie ebenfalls relativ nah ist, sind die Ergebnisse etwas unklarer: Während vergleichsweise wenige Griechen ihrem Parlament Vertrauen schenken, befinden sich Portugal und Spanien im westeuropäischen Mittel. Die Vertrauenswerte in Westdeutschland, Italien und Österreich, Länder deren Übergang zur Demokratie immerhin auch erst nach 1945 erfolgte, reihen sich in die etablierten Demokratien ein. Besonders auffällig ist jedoch, dass überdurchschnittlich niedrige Vertrauenswerte ausschließlich in den neuen bzw. so genannten defekten Demokratien vorhanden sind.

---

<sup>1</sup> Politisches Vertrauen oder Institutionenvertrauen ist als Einstellung der Bürger gegenüber den relevanten Institutionen des Staates zu verstehen. Im Rahmen dieser Arbeit werden die Begriffe Institutionenvertrauen und politisches Vertrauen (im englischsprachigen Raum *political trust* oder *political confidence*) gleichbedeutend verwendet. Für eine detaillierte Definition vgl. Abschnitt 2.1.

Abbildung 1: Politisches Vertrauen in Europa



Quelle und Anmerkungen: World Values Survey (WVS) 4. Es werden Abweichungen vom „europäischen“ Mittelwert (2,81 – bei einer Skala von 1 ‚a great deal‘ bis 4 ‚none at all‘) dargestellt. Dunkelgrau eingefärbte Balken stehen für autokratischen Regimehintergrund.

In Anlehnung an die vorangegangenen Überlegungen verfolgt dieses Arbeitspapier zwei Ziele: Erstens soll die Entwicklung des politischen Vertrauens in neuen europäischen Demokratien<sup>3</sup> untersucht werden. Während der Fokus vorangegangener Arbeiten zumeist auf den mittel- und osteuropäischen Ländern lag (vgl. insbesondere Mishler/Rose 2001), sollen im Rahmen dieser Untersuchung auch südeuropäische Länder einbezogen werden, die immerhin die dritte Demokratisierungswelle einleiten (Huntington 1991). Im Vergleich zu den neuen Demokratien Mittel- und Osteuropas fand der Sys-

<sup>2</sup> Der gesamteuropäische Durchschnittswert bezieht sich auf das Vertrauen der Bürger in das jeweils nationale Parlament. Einbezogen wurden europäische Länder (EU- Mitgliedsstaaten sowie Nicht-Mitgliedsstaaten), die im *World Values Survey* (Welle 4: 1999-2004) enthalten waren.

<sup>3</sup> Es werden nur Länder der dritten Welle der Demokratisierung (Huntington 1991) untersucht: Die Gruppe der südeuropäischen Länder besteht aus Spanien und Portugal (auf Griechenland muss leider wegen fehlender Daten verzichtet werden), die der mittel- und ost-europäischen Länder aus den ehemaligen Ostblockstaaten, die mittlerweile Mitgliedsstaaten der EU sind.

temumbruch in diesen Ländern knapp 15 Jahre früher statt, es handelte sich zudem nicht um totalitäre bzw. posttotalitär kommunistische Regime, sondern autoritäre (Linz 2000; Linz/Stepan 1996).

Zweitens wird ein Beitrag zur kontroversen Debatte hinsichtlich der Bestimmungsfaktoren politischen Vertrauens geleistet. Kulturalistische und institutionalistische Erklärungsansätze werden zwar noch als konkurrierende Traditionen wahrgenommen, in neueren Arbeiten wird jedoch theoretisch und empirisch für eine Verflechtung der Ansätze plädiert. Die Untersuchung erfolgt mittels Individualdaten zu drei aufeinander folgenden Zeitpunkten, da anzunehmen ist, dass politisches Vertrauen insbesondere in neuen Demokratien einem steten Wandel unterworfen ist.

## 2. Zur Definition politischen Vertrauens

### 2.1 Was ist Vertrauen und was ist politisches Vertrauen?

In der politischen Philosophie, der modernen Soziologie, der Ökonomie und den Rechtswissenschaften genauso wie im privaten oder gesellschaftlichen Bereich (vgl. Frevert 2002, Levi 2001) wird der Begriff *Vertrauen* breit verwendet, so dass die Gefahr der Vermengung alltäglicher Bedeutungen im Rahmen sozialwissenschaftlicher Untersuchungen besteht. Der Versuch Vertrauen eindeutig zu definieren führt zunächst zur Meinung, dass es sich um eine Form von Einstellung, nicht jedoch von Verhalten handelt (Hartmann 2004): Vertrauen ist „eine auf bestimmte Standards und Erwartungen gestützte positive Orientierung auf Objekte“ (Gabriel et al. 2002: 52). Weiterhin ist Vertrauen als eine Eigenschaft des Umgangs zweier Personen miteinander zu verstehen, wobei die Frage nach Erwartungshaltung, Interesse und Kalkül von Bedeutung ist. Eine Person A vertraut Person B, wenn A erwartet, dass B die Situation nicht ausnutzt. Auch wenn damit das Interesse von B erfüllt wird; ist Vertrauen nie frei von Risiko und kann enttäuscht werden (Hartmann 2002; Zintl 2002).

Häufig wird nach den analytischen Ebenen relationales (bzw. personales Vertrauen), das auf konkrete Menschen bezogen ist (Benz 2002; Bierhoff 2002), und generalisiertes (bzw. soziales oder interpersonales) Vertrauen differenziert. Soziales Vertrauen bezieht sich auf Mitmenschen und rückte insbesondere im Rahmen der Sozialkapitaltheorie in den Mittelpunkt der Forschung. Es handelt sich dabei um soziale Beziehungen, die soziale Verpflichtungen mit sich bringen und auf zukünftigen wie vergangenen positiven Erfahrungen basieren, genauso wie auf der Anerkennung gemeinsamer Werte (Gabriel et al. 2002). Putnam beschreibt es mit folgendem Beispiel:

„I'll do this for you now, without expecting anything immediately in return and perhaps without even knowing you, confident that down the road you or someone else will return the favour.“  
(Putnam 2000: 134)

Eine weitere Ausdifferenzierung wird jedoch für die Definition politischen Vertrauens notwendig. Levi (2001) unterscheidet zwischen drei Vertrauensarten: personales vs. interpersonales (soziales, generalisiertes) vs. politisches (institutionelles, organisatorisches) Vertrauen. Letzteres gilt aber ebenfalls als Spezialfall des sozialen Vertrauens (Gabriel 2002): „Vom sozialen Vertrauen unterscheidet sich das politische Vertrauen lediglich durch seinen Bezug auf politische Objekte“ (Gabriel 1999: 202). Im Ge-



gensatz zu personalem oder sozialem Vertrauen bezieht sich politisches Vertrauen nicht auf das Verhalten von Personen, deren Motive und Gesinnungen, sondern auf die Leitidee der Institution (Lepsius 1997). Bei politischem Vertrauen handelt es sich demnach nicht um horizontale Beziehungen zwischen Menschen, sondern um vertikale Beziehungen zwischen Bürgern und politischen Obrigkeiten – es basiert auf Systemen, Regeln und formalen Verfahren (Newton 2008; Zürcher 2002). Des Weiteren kann politisches Vertrauen auf Repräsentanten und Institutionen gleichermaßen ausgerichtet sein (Göhler 2002), was bereits Grund für die Kontroverse zwischen Miller (1974) und Citrin (1974) war.

„Confidence in authorities means that they are perceived as the group’s agents, that the group members identify with them [...]. Confidence in the political institutions means that the group believes either that these institutions produce authorities who are its agents or else produce favorable decisions regardless of the particular incumbents.” (Gamson 1968: 54)

In Anlehnung an Gamsons Definition wird im Rahmen dieser Arbeit ausschließlich Institutionenvertrauen untersucht. Da es weniger von punktuellen Ereignissen und persönlichen Fähigkeiten abhängig ist, eignet es sich besser für Ländervergleiche. Grundsätzlich ist es bei der Untersuchung des Vertrauens in Institutionen ratsam nach verschiedenen Vertrauensobjekten zu differenzieren.<sup>4</sup>

Dem Parlament, als Vertretung des Volkes, kommt jedoch eine Schlüsselrolle im demokratischen Prozess zu – zu seinen wichtigsten Aufgaben gehören die Ausübung der gesetzgebenden Gewalt, des Budgetrechts und die Kontrolle der Regierung; die Entscheidungen des Parlaments sind für die Bevölkerung unmittelbar zu spüren. In Ermangelung demokratischer Erfahrung sind allgemein parteienstaatliche Institutionen insbesondere nach dem Regimewechsel von der Evaluation ihrer Leistung abhängig (Catterberg/Moreno 2005; Gabriel 1999; Gabriel et al. 2002). Zudem erfolgt ihre Zusammensetzung über Wahlen, was eine Wettbewerbssituation erzeugt, die mit der Gewährung von Vertrauen in engem Zusammenhang steht (Bermeo 2000; Gabriel 1999). Vor diesem Hintergrund wird im Rahmen der nachfolgenden Analysen das Vertrauen in das Parlament, eine wesentliche Institution des Parteienstaates, untersucht.

## 2.2 Ist politisches Vertrauen notwendig...?

Die Frage nach der Notwendigkeit und dem Ausmaß politischen Vertrauens sind eng miteinander verknüpft: Während Verfechter demokratischer Elitenherrschaft die Notwendigkeit einer ausgeprägten Vertrauensbasis zwischen Bevölkerung und Institutionen betonten, befürworteten deren liberale Kritiker vielmehr eine kritische, statt einer zu vertrauensvollen, Öffentlichkeit (Gabriel/Kunz 2002). Konsens herrscht dahingehend, dass sich politisches Vertrauen in einem optimalen System in einem mittleren Bereich bewegen sollte (Gamson 1968; Sniderman 1981):

---

<sup>4</sup> Üblicherweise wird, auf Grundlage theoretischer Überlegungen und deren empirischer Überprüfung, mittels Faktorenanalysen (vgl. Denters et al. 2007; Gabriel/Kunz 2002; Gabriel et al. 2002; Gabriel/Zmerli 2006; Völkl 2006), nach rechts- und parteienstaatlichen Institutionen unterschieden. Während letztgenannte in das tagespolitische Geschäft (und damit einhergehende Konflikte) involviert sind, zeichnen sich rechtsstaatliche Institutionen durch fehlende Entscheidungsgewalt (Pickel/Walz 1995) aber mehr Bürgernähe aus, da sich in ihnen auf alltägliche Weise das staatliche Handeln widerspiegelt.

„Yet, democracies do not need high levels of trust in political leaders and institutions in order to function effectively. The ideal democratic culture is neither blindly trusting nor hostilely rejecting, but inquisitive and sceptical.” (Diamond 1998: 52)

Rein normativ betrachtet hingegen ist das Vertrauen der Bürger in die demokratischen Institutionen ihres Staates unabdingbar. Unbestritten ist, dass politisches Vertrauen das Funktionieren demokratischer Prozesse bzw. demokratischen Regierens gewährleistet. Bei Bestehen eines Vertrauensverhältnisses müssen wichtige Entscheidungen nicht immerzu gerechtfertigt werden und finden auch dann bei den Bürgern Akzeptanz, wenn sie kurzfristig nicht ihren eigenen Interessen entsprechen (Chanley et al. 2001; Gabriel/Zmerli 2006; Hardin 1998; Tyler 1998). Damit erleichtert politisches Vertrauen nicht nur die Kooperation (Benz 2002) oder „facilitates bargaining and compromise, as well as broad commitment to the rules of the democratic game” (Diamond 1998: 52), sondern es trägt auch schlicht und einfach zur Reduzierung von Transaktionskosten bei (Braithwaite/Levi 1998).

Insbesondere in neuen Demokratien ist politisches Vertrauen notwendig, seine Generierung gleichzeitig aber problematisch, da die nicht-demokratischen Vorläuferregime sich vielmehr durch Misstrauen als durch Vertrauen auszeichneten (Marková 2004). Vertrauen muss nach einem Regimewechsel erst mühevoll aufgebaut werden (Offe 2001; Mishler/Rose 2001; Diamond 2002). Erschwerend kommt hinzu, dass die Bevölkerung in Ländern kurz nach dem Regimewechsel nur wenig oder keine Erfahrung mit dem politischen System Demokratie hat, was jedoch gemeinhin als Grundlage politischen Vertrauens gilt. Damit kann politisches Vertrauen in neuen Demokratien einzig auf die Zukunft ausgerichtet sein, was es sehr riskant und enttäuschungsanfällig macht (Gabriel/Zmerli 2006) und zu ernsthaften Problemen für die Systemstabilität während des Konsolidierungsprozesses führen kann (Norris 1999).

### **2.3 ...und wenn ja: welches Konzept zu Grunde legen?**

Obwohl Überlegungen zur Notwendigkeit des politischen Vertrauens bereits in der politischen Ideengeschichte ihren Niederschlag fanden<sup>5</sup>, wurde bislang keine umfassende und empirisch prüfbare Theorie dazu erarbeitet (Bernstein 2001; Gabriel 2002; Hibbing/Theiss-Morse 1995). Indes erlebte Vertrauen als eigenständiges Konzept in den vergangenen Jahr(zehnt)en in der sozialwissenschaftlichen Forschung einen regelrechten Aufschwung (Bierhoff 2002; Wenzel 2002). Neben normativen Annahmen wird Vertrauen allerdings auch als Bestandteil allgemeiner Legitimitätstheorien<sup>6</sup> gehandelt, was zur theoretischen Unklarheit des Vertrauenskonzepts als solchem beiträgt bzw. seine „*usefulness*“ (Rohrschneider/Schmitt-Beck 2003: 37) in Frage stellt. Neuere Arbeiten, die in großem Maße zur theoretischen Klärung des Konzepts beitragen, geben auch Anregungen zur empirischen Untersuchung politischen Vertrauens. Allgemein dominieren zwei Sichtweisen die gegenwärtige Forschung: Eine rational oder kognitiv begründete (vgl. u.a. Bianco 1998; Hardin 1998; Levi 1998;) und eine stär-

---

<sup>5</sup> Beispielsweise in den Arbeiten John Lockes; für eine ausführliche Besprechung zur Tradition der Vertrauensforschung vgl. Hartmann/Offe (2001) oder Schmalz/Bruns (2002).

ker affektgeladene oder emotionale, also nicht-kognitive Perspektive (vgl. u.a. Braithwaite 1998; Tyler 1998).

Demnach setzt sich Vertrauen aus zwei Dimensionen zusammen: Braithwaite (1998) beschreibt die rationale Dimension als tauschbasiertes Vertrauen, welches vom Wissen über bereits erfolgte Leistung abhängt und damit auf der individuellen Überzeugung beruht, dass positive Ergebnisse erzielt werden. Demgegenüber steht das gemeinschaftsbasierte Vertrauen, das über gemeinsame Werte und Normen entsteht und sich auch in Form von sozialen Verbindung, Gruppenloyalitäten und Identitäten ausdrückt. Die jeweilige Ausprägung des Vertrauens schlägt sich auch in ihrer Stabilität nieder. Während tauschbasiertes Vertrauen nicht sonderlich stabil ist, da es auf spezifische Erfahrungen mit den Vertrauensobjekten ausgerichtet ist, zeichnet sich gemeinschaftsbasiertes Vertrauen durch seine Dauerhaftigkeit aus (Braithwaite 1998; Tyler 1998; 2001; Uslaner 2002). Wichtig ist indes, dass sich beide Dimensionen wechselseitig nicht ausschließen, sondern in gut funktionierenden Demokratien nebeneinander existieren können und somit Schwächen wechselseitig ausgleichen (Braithwaite 1998; ähnlich bei Tyler 1998).

Zusammenfassend bleibt festzuhalten, dass beide Dimensionen politischen Vertrauens unterschiedlichen Quellen entspringen. Während gemeinschaftsbasiertes Vertrauen über gemeinsame Werte und Normen, soziale Verbindungen, Gruppenloyalitäten und Identitäten generiert wird, ist die Quelle tauschbasierten Vertrauens bereits erfolgte oder zu erwartende Leistung. Damit dominieren zwei unterschiedlichen Traditionslinien, kulturalistische und institutionalistische Ansätze, als Bestimmungsfaktoren politischen Vertrauens.

### 3. Die Quellen politischen Vertrauens

Im Rahmen dieses Kapitels werden zunächst die beiden wesentlichen Argumentationslinien der Bestimmungsfaktoren politischen Vertrauens<sup>7</sup> beschrieben, um in einem nächsten Schritt auf den konkreten Forschungsstand dazu einzugehen. Ganz allgemein wird im Rahmen der politischen Kulturforschung die Vorstellung vertreten, dass sich Einstellungen auf Institutionen auswirken. Institutionen hingegen argumentieren genau umgekehrt: Strukturelle Rahmenbedingungen nehmen Einfluss auf die Einstellungsebene.

---

<sup>6</sup> Insbesondere soll auf die wegweisenden Arbeiten David Eastons (1965; 1975) und Seymour M. Lipsets (1960; 1981) sowie die Überarbeitung und Präzisierung dieser Konzepte bei Fuchs (1989), Norris (1999a) und Westle (1989) verwiesen werden.

<sup>7</sup> Obwohl kulturalistische und institutionalistische Argumentationen als zentrale Erklärungsansätze gelten, wurden zusätzliche Bestimmungsfaktoren politischen Vertrauens untersucht. Denters et al. (2007) und Newton (2008) analysierten die negativen Auswirkungen des Fernsehens auf politisches Vertrauen, konnten jedoch keinen breiten Zusammenhang nachweisen. Gabriel/Walter-Rogg (2008) untersuchten die Integration der Individuen in das politische und soziale Leben (u.a. über die Religionszugehörigkeit, die Parteiidentifikation, das politische Interesse). Ihre Annahme, dass bessere Integration zu höheren Vertrauenswerten führt, konnte jedoch nicht bestätigt werden. Häufig wurden auch die Effekte der üblichen Kontrollvariablen – soziodemographischer Merkmale und politische Wertorientierungen – auf politisches Vertrauen untersucht, wobei in den meisten Fällen keine signifikanten Effekte nachgewiesen werden konnten (Gabriel/Kunz 2002; Gabriel/Walter-Rogg 2008). Einzig die ethnische Zugehörigkeit eignete sich in multiethnischen Ländern, wie beispielsweise den baltischen Staaten, als Erklärungsfaktor für politisches Vertrauen (vgl. Lühiste 2006). Soweit verfügbar werden diese Variablen im Rahmen der nachfolgenden Analyse als Kontrollvariablen herangezogen.

### 3.1 Kulturalismus: Sozialisation, Sozialkapital und Wertewandel

Kulturalistische Argumentationen haben ihren Ursprung in 1950er Jahren, als sich zeigte, dass elitenzentrierte oder auf Institutionen bezogene Modelle die Stabilität politischer Systeme nur unzureichend zu erklären vermögen (Inglehart 1988). Neben den objektiven Gegebenheiten, wie Strukturen und Institutionen, rückten Individuen und deren Akzeptanz des Systems in den Vordergrund. Die zentrale Idee des Konzepts ist das so genannte Kongruenzpostulat: „the stability or instability of political systems are to a large degree dependant upon the congruence or incongruence between political structure and political culture“ (Patrick 1984: 290). Als richtungweisend auf diesem Gebiet gilt zwar die *Civic Culture* Studie (Almond/Verba 1965), das Konzept wurde jedoch durch neuere Studien auf diesem Gebiet wiederbelebt: Ingleharts These vom Wertewandel (Inglehart 1971; 1977; 1990; 1997; Welzel/Inglehart 2005) und Putnams Sozialkapitalansatz (Putnam 1993; 1995; 2000; 2001).

#### *Sozialisation*

Ganz allgemein muss politische Kultur, die als Internalisierung von kognitiven, affektiven und evaluativen Elementen beschrieben wird (Almond/Verba 1965), erlernt werden: Dies kann im Rahmen der primären Sozialisation erfolgen oder der politischen Sozialisation beim Erwachsenen. Beide Fälle von Sozialisation zeichnen sich durch einen komplexen Prozess aus, in den unterschiedliche gesellschaftliche Institutionen involviert sind: Familie, Schule und Universität, *peer group*, Beruf und nicht zuletzt die Medien (Greiffenhagen 2002; Hurrelmann et al. 2008). Dies trifft nicht nur für die allgemeine Sozialisation zu, sondern insbesondere auch für die politische Sozialisation, die persönliche Entwicklung und späteres kognitives Lernen über politische Prozesse in sich vereint (Pye 1972). Im Rahmen der Sozialisationsphase werden demokratische Grundlagen internalisiert, was insbesondere dann eine Rolle spielt, wenn sich Gesellschaften in Umbruchphasen von autokratischen zu demokratischen Systemen befinden. Diese Gesellschaften bestehen aus Bürgern, die Teile ihrer Sozialisation in der autokratischen Gesellschaft erlebt haben bzw. mit verschiedenen Wertesystemen konfrontiert wurden (Mishler/Rose 1999). In mittel- und osteuropäischen Ländern waren immerhin seit dem zweiten Weltkrieg bis Ende der 1980er Jahre – teilweise sogar länger – totalitäre oder post-totalitäre kommunistische Regime an der Macht. In Spanien und Portugal war die Zeitspanne autoritärer Herrschaft nur unwesentlich geringer, was zu der Annahme führt, dass im Rahmen der Sozialisation in diesen Ländern keine demokratischen Werte und Normen vermittelt wurden. Eine vergleichbare Argumentation ist bei Mishler/Rose (2001) zu finden; ihre Untersuchung der Auswirkungen politischer Sozialisation auf politisches Vertrauen in mittel- und osteuropäischen neuen Demokratien zeigte jedoch nur sehr schwache Effekte.

#### *Sozialkapital*

Neben dieser klassischen Sozialisationsannahme der politischen Kulturforschung, wurde bereits bei Almond/Verba (1965) auf die Bedeutung sozialen Vertrauens bzw. von Werten und Normen hingewiesen. In der neueren Forschung wurde darauf insbesondere innerhalb des Sozialkapitalansatzes Bezug genommen. Putnam (1993; 2000; 2001), der an frühere Überlegungen de Tocquevilles anknüpft,

geht davon aus, dass die Mitgliedschaft in Netzwerken zu höherem Vertrauen in andere Mitbürger sowie zur Herausbildung gemeinschaftsbezogener Werte und Normen führt.

Obwohl das Vertrauen in die Mitmenschen gewissermaßen den Grundpfeiler der Sozialkapitaltheorie darstellt, ist es theoretisch nicht unumstritten. Während Newton (1999) und Uslaner (2002) soziales und politisches Vertrauen als zwei Seiten einer Münze konzeptualisieren, beschreibt Hardin (1999) Vertrauen ganz allgemein als eine in der Kindheit entwickelte individuelle Disposition. Eindeutiger sind hingegen die Ergebnisse empirischer Analysen, in denen durchweg ein positiver Zusammenhang zwischen politischem und sozialem Vertrauen nachgewiesen werden konnte, was soziales Vertrauen zum stärksten Erklärungsfaktor der Sozialkapitaltheorie macht (Gabriel et al. 2002; Gabriel/Kunz 2002; Gabriel/Walter-Rogg 2008; Newton 1999; Zmerli 2004).<sup>8</sup> Rohrschneider/Schmitt-Beck (2003) weisen jedoch basierend auf ihrer vergleichenden Analyse Ost- und Westdeutschlands darauf hin, dass die Effekte des sozialen auf politisches Vertrauen in neuen Demokratien weniger ausschlaggebend sind als in vollständig konsolidierten Ländern.

Neben sozialem Vertrauen spielt die Unterstützung gemeinsamer Werte und Normen – so genannter Reziprozitätsnormen (Gabriel et al. 2002) – eine wichtige Rolle, erfuhr jedoch geringere Resonanz in empirischen Analysen, was an deren unzureichenden Konzeptualisierung (Gabriel/Walter-Rogg 2008) und der damit verbundenen Schwierigkeit der Erhebung von Werten und Normen liegen kann. In den überwiegenden empirischen Analysen konnten bislang keine signifikanten Effekte zwischen politischem Vertrauen und gemeinsamen Werten und Normen nachgewiesen werden (Denters et al. 2007; Gabriel et al. 2002). Gabriel/Walter-Rogg (2008) konnten jedoch geringfügige Zusammenhänge zwischen politischem Vertrauen und Normen aufdecken, so dass wir dies auch für neue Demokratien überprüfen wollen.

Obwohl sich Sozialkapital bei Putnam aus den drei Aspekten „networks, norms, and social trust“ (Putnam 1995: 67) zusammensetzt, ist anzunehmen, dass sich dessen strukturelle Komponente, die Netzwerkmitgliedschaft, nur indirekt auf politisches Vertrauen auswirkt. Denters et al. (2007), Gabriel/Kunz (2002), Gabriel et al. (2002) und Zmerli et al. (2007) konnten auf empirischem Wege nachweisen, dass die Mitgliedschaft in Netzwerken bei gleichzeitiger Kontrolle der Reziprozitätsnormen, keine signifikante Effekte auf politisches Vertrauen hat, weshalb wir auf die Überprüfung dieses Zusammenhangs verzichten wollen.

### *Wertewandel*

Inglehart geht im Rahmen seiner Wertewandeltheorie (1971; 1977; 1990) von der Prämisse aus, dass sich Wertorientierungen auf Institutionen und strukturelle Gegebenheiten auswirken. Der Wandel von materialistischen zu postmaterialistischen Wertorientierungen der Bürger westlicher Demokratien wurde demnach erst durch die weitgehende Befriedigung derer Sicherheitsbedürfnisse möglich. Ob-

---

<sup>8</sup> Allerdings stellte sich heraus, dass die Art der Fragestellung nicht unerheblich ist: Während die Effekte bei der Nutzung der so genannten Rosenberg-Skala bzw. metrisch skalierten Variablen stabiler ausfallen, sind die Zusammenhänge bei Verwendung dichotom abgefragtem sozialem Vertrauen weniger eindeutig.

wohl Ingleharts Annahmen ursprünglich für westliche Industriegesellschaften formuliert wurden, scheint die Mangelhypothese auch auf neue Demokratien anwendbar: „this value shift occurs in any society that experienced sufficient economic growth in recent decades“ (Inglehart/Abramson 1994: 336). Für Bürger der schlecht funktionierenden Wirtschaftssysteme der Transformationsstaaten Süd-, Mittel- und Osteuropas waren zunächst materielle Güter besonders knapp. Nachgewiesen werden konnte zudem ein steter Rückgang postmaterialistischer Wertevorstellungen (zumindest in Ostdeutschland) in Zusammenhang mit steigender Arbeitslosigkeit (Inglehart/Abramson 1994). Nach erfolgter Befriedigung der zunächst stärker ausgeprägten Sicherheitsbedürfnisse ist – analog zu westlichen Industriegesellschaften – mit einer Ausbreitung postmaterialistischer Wertevorstellungen zu rechnen. Zu erwarten ist weiterhin, dass sich postmaterialistische Wertevorstellungen, die generell mit einer kritischen Einstellung zum politischen System einhergehen, eher hinderlich auf politisches Vertrauen auswirken (Inglehart 1977; Klingemann/Fuchs 1995). Dies ist insofern plausibel, als Postmaterialisten neben ihrer kritischen Einstellung über „ein überdurchschnittlich entwickeltes Niveau politischer Kompetenzen“ (Gabriel 1986: 117) verfügen. Denters et al. (2007) weisen jedoch darauf hin, dass die Effekte dieser Werteorientierungen nicht besonders stark und konsistent ausfallen. Rohrschneider/Schmitt-Beck (2003) können den postulierten Zusammenhang nur in Westdeutschland, nicht jedoch in Ostdeutschland nachweisen und Catterberg/Moreno (2005) nur in etablierten, nicht jedoch in neuen Demokratien.

### **3.2 Institutionalistische Erklärungsansätze**

Gehen kulturalistische Erklärungsansätze aus der breit gefächerten politischen Kulturforschung hervor, so werden institutionalistische Erklärungsansätze zu großen Teilen durch Theorien der politischen Ökonomie beeinflusst. Während der Fokus der politischen Kulturforschung auf Werten, Normen und sozialen Beziehungen liegt, werden institutionalistische Ansätze von der ökonomischen Sichtweise über soziale Beziehungen geleitet (Coleman 1995; Esser 1999). Letztlich bestimmen damit *Rational Choice*-Modelle die so genannten institutionalistischen Ansätze: Individuen handeln auf Basis von Kosten-Nutzen-Kalkülen. Je nach Ausprägung handelt es sich um den klassischen *Homo oeconomicus* oder den *Restricted Resourceful Expecting Evaluating Maximising Man* (Lindenberg 1985) der modernen Soziologie, der die Situation subjektiv einschätzt und sie in Hinblick auf seine eigenen Ziele bewertet. Auf politisches Vertrauen übertragen bedeutet dies, dass Individuen Institutionen nur dann Vertrauen schenken, wenn sie einen bestimmten Nutzen daraus ziehen können bzw. wenn sie ihre eigenen Ideen vertreten sehen. Vertrauen erfolgt im Austausch mit der Befriedigung individueller Bedürfnisse. Politische Institutionen können individuelle Bedürfnisse insofern befriedigen als sie politische und wirtschaftliche Ergebnisse erzielen, die sich auf das Individuum positiv auswirken. Diese Verknüpfung ist ebenfalls in Eastons systemtheoretischem Modell zur Systemunterstützung (1965; 1975) enthalten: Das politische System liefert Outputs, die in erster Linie von den Bürgern gefordert werden und letztlich zur Systemunterstützung beitragen.

Der Zusammenhang zwischen der Zufriedenheit mit der politischen oder wirtschaftlichen Performanz und dem politischem Vertrauen konnte bereits in zahlreichen Analysen empirisch nachgewiesen wer-

den (Denters et al. 2007; Gabriel/Walter-Rogg 2008; Miller/Listhaug 1999; Newton/Norris 2000; Zmerli 2004). In neuen Demokratien spielen politische und wirtschaftliche Kriterien bei der individuellen Bedürfnisbefriedigung zudem eine noch zentralere Rolle, da das neue politische System – die Demokratie – zunächst einer Bewährungsprobe unterzogen wird (Mishler/Rose 2001).

In politischer Hinsicht ist nicht nur reine Outputzufriedenheit ausschlaggebend, sondern die Frage, ob die eigenen Interessen angemessen vertreten werden. Holmberg (1999) fasst dies mit der *Home-Team*-Hypothese zusammen: Bürger, die sich einer Partei ideologisch verbunden fühlen, bringen den Institutionen mehr Vertrauen entgegen, wenn diese Partei Teil der Regierung ist. Obwohl es sich hierbei um eine plausible Annahme handelt, wurde der Zusammenhang bislang nur selten untersucht – Holmberg (1999) selbst konnte auch keinen signifikanten Zusammenhang nachweisen.

Für die Untersuchung neuer Demokratien, sollen zudem Erkenntnisse der Konsolidierungsforschung einbezogen werden. Neben wesentlichen Einflussfaktoren, wie Art bzw. Dauer des autokratischen Regimes, Ablauf des Systemwechsels, sozioökonomischer Entwicklungsstand bzw. demokratischer Erfahrung eines Landes wird weiterhin auf die Rolle der internationalen Institutionen hingewiesen (Diamandouros 1997; Huntington 1991; Merkel/Puhle 1999). Während die überwiegenden Faktoren analytisch der Makroebene zugehörig sind und sich dementsprechend für eine Überprüfung individueller Bestimmungsfaktoren politischen Vertrauens nicht eignen, besteht die Möglichkeit den letztgenannten Aspekt einzubeziehen. Konsolidierungsforscher weisen darauf hin, dass sich externe Einflüsse, wie international vereinbarte Ziele – z.B. die Aufnahmen in die EU – positiv auf die Konsolidierung der Demokratie auswirken (Ismayr 2004; Merkel/Puhle 1999; Pridham 1984). Für die Mikro-Perspektive ist daraus ein charakteristisches Argument des Institutionalismus abzuleiten: Die Bürger neuer europäischer Demokratien setzen ihre Hoffnungen in die EU, da für sie und ihr Land Vorteile (politischer und ökonomischer Art) zu erwarten sind. Allerdings trifft diese Argumentation nur in der ersten Phase der Konsolidierung neuer Demokratien zu. Die Bürger erhoffen sich in der Umbruchphase Unterstützung durch die demokratischen (internationalen) Institutionen – in unserem Fall durch die EU. Im Laufe der Zeit, mit steigender Kenntnis der demokratischen Prozesse und Institutionen, sowie der in greifbare Nähe rückenden Aussicht auf die eigene EU-Mitgliedschaft wird dieses Argument jedoch entkräftet.

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass beide dargestellten Traditionen Eingang in die Analysen politischen Vertrauens fanden. In älteren Arbeiten wird überwiegend aus kulturalistischer oder institutionalistischer Perspektive argumentiert, während in neueren Veröffentlichungen die Tendenz zur Kombination beider Ansätze besteht (Rohrschneider 1999; Mishler/Rose 2001; Pollack et al. 2003; Campbell 2004; Torcal/Montero 2006; Denters et al. 2007; Zmerli et al. 2007), da empirisch weder der eine noch der andere Ansatz ausschließliche Gültigkeit besitzt. Obwohl sich das theoretische Vertrauenskonzept sehr gut mit den beiden Ansätzen kombinieren lässt, wurde dies in bisherigen Arbeiten nur unzureichend verwirklicht<sup>9</sup>.

---

<sup>9</sup> Eine der wenigen Ausnahmen stellt die Analyse politischen Vertrauens bei Gabriel/Zmerli (2006) dar.

### 3.3 Politisches Vertrauen in neuen Demokratien und im Zeitverlauf

Anfänglich wurde das Phänomen insbesondere in etablierten Demokratien untersucht, wobei der Ursprung in der US-amerikanischen Erforschung des Rückgangs des Regierungsvertrauens liegt (vgl. Citrin 1974; Cole 1973; Crozier et al. 1975; Lipset/Schneider 1983; Miller 1974). Die Erforschung politischen Vertrauens wurde in der Folgezeit auf andere Institutionen und Untersuchungsgebiete ausgeweitet, Ausmaß und Bestimmungsfaktoren des Vertrauens wurde für weitere Länder – in der Regel etablierte Demokratien – untersucht (Holmberg 1999; Magalhães 2006; Miller/Listhaug 1999; Newton 1999; Pickel/Walz 1995) bzw. aus komparativer Perspektive analysiert (Gabriel 1995; Listhaug/Wiberg 1995).

Nach dem Fall der Berliner Mauer im Jahre 1989 wurde politisches Vertrauen herangezogen um das Vertrauensniveau und etwaige Annäherungen zwischen Ost- und Westdeutschland zu untersuchen (Brunner/Walz 2000; Gabriel 1999; Gabriel/Kunz 2002; Gabriel/Zmerli 2006; Rohrschneider/Schmitt-Beck 2003; Terwey 1996; Walz 1996). Ebenfalls wurden gezielt Studien zu politischem Vertrauen bzw. Misstrauen in verschiedenen MOEL durchgeführt (Campbell 2004; Lühiste 2006; Miller et al. 2004; Mishler/Rose 1997; 2001; 2005), politisches Vertrauen wurde zudem im Rahmen allgemeiner Überblickswerke zur Entwicklung der politischen Kultur in Mittel- und Osteuropa analysiert (Klingemann et al. 2006; Pollack et al. 2003). Erst seit wenigen Jahren beschäftigen sich Arbeiten hingegen mit einem breiteren Vergleich politischen Vertrauens in etablierten und neuen Demokratien (Catterberg/Moreno 2005; Denters et al. 2007; Zmerli 2004), was zweifellos an der größeren Verfügbarkeit so genannter „*cross-national studies*“ liegt.

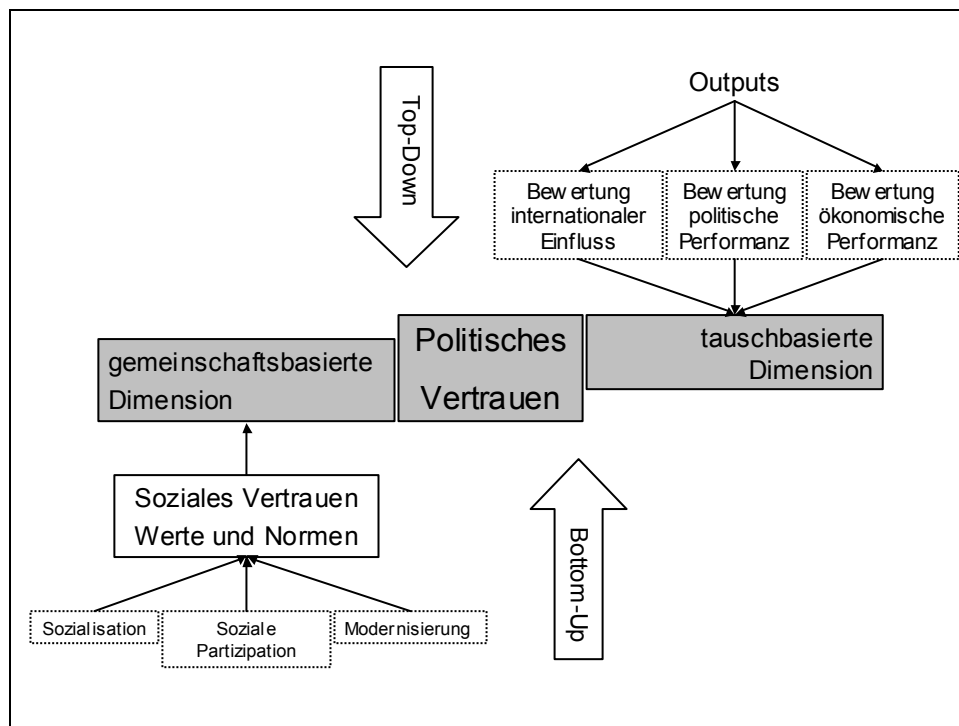
Insbesondere im Rahmen ihrer Untersuchung neuer Demokratien prägten Catterberg/Moreno (2005) und Inglehart/Catterberg (2002) die Begriffe *Honeymoon-Phase* und *Post-Honeymoon-Disillusionment*. Damit beschrieben sie die hohen Vertrauenswerte neuer und etablierter Demokratien in der ersten, von allgemeiner Euphorie geprägten Phase nach dem Systemübergang (*Honeymoon*) die in der Folgephase rückläufig waren (*Post-Honeymoon-Disillusionment*). Vergleichbare Ergebnisse sind bei Mishler/Rose (1999) zu finden, die feststellen, dass in der Anfangszeit neuer Demokratien einzig aufgrund der Überwindung des nicht-demokratischen Regimes eine gewisse Euphorie vorherrscht. Danach erkennen die Bürger jedoch, dass die politischen (und wirtschaftlichen) Umwälzungen Zeit in Anspruch nehmen, was zu einem nostalgischen Rückblick auf das alte, aber auch vertraute System führt. Gabriel/Zmerli (2006) gehen im Rahmen ihrer vergleichenden Analyse politischen Vertrauens in Ost- und Westdeutschland einen Schritt weiter und verknüpfen das Vertrauenskonzept mit den Bestimmungsfaktoren des politischen Vertrauens. Sie nehmen an, „dass im Westen gemeinschaftsbezogene, im Osten tauschbezogene Orientierungen eine größere Rolle als Bestimmungsfaktoren politischen Vertrauens spielen“ (13), konnten diese Annahme im Rahmen ihrer empirischen Analysen jedoch nicht bestätigen.



## 4. Untersuchungsdesign

### 4.1 Konzept und Hypothesen

Abbildung 2: Dimensionen des politischen Vertrauens und seine Bestimmungsfaktoren



Die konzeptuelle Definition politischen Vertrauens in eine tauschbasierte und eine gemeinschaftsbasierte Dimension (Braithwaite 1998) ist eng verknüpft mit den beiden Erklärungslinien. Im Rahmen institutionalistischer Ansätze wird politisches Vertrauen gewissermaßen über *Top-Down*-Prozesse<sup>10</sup> erklärt und damit über Tauschprozesse generiert: Vertrauen wird als Gegenleistung zu Leistung geschenkt, was eindeutig die tauschbasierte Vertrauensdimension anspricht. Die Argumentation kulturalistischer Ansätze hingegen verläuft dieser entgegengesetzt aus der *Bottom-Up*-Perspektive: Vertrauen wird über Gemeinsamkeiten, gemeinsame Werte, reziproke Normen und soziale Beziehungen generiert, was wiederum die gemeinschaftsbasierte Vertrauensdimension betrifft (vgl. Abb. 2).

Obwohl die beiden Dimensionen des Vertrauens auf unterschiedlichen Rahmenbedingungen basieren, sind beide in Demokratien unabdingbar (Braithwaite 1998) – insbesondere in neuen Demokratien. Es ist anzunehmen, dass auf tauschorientierten Normen basiertes Vertrauen insbesondere in der Anfangsphase neuer Demokratien vorherrschend ist, während im Laufe der Zeit die gemeinschaftsbasierte Vertrauensdimension stärker in Erscheinung tritt. Beeinträchtigend können sich selbstverständ-

<sup>10</sup> Eine ähnliche Argumentation – allerdings ohne Bezugnahme auf die theoretische Fundierung politischen Vertrauens – wird bei Campbell (2004) angeführt: Er weist nach, dass politisches Vertrauen über zwei grundlegende Ansätze erklärt werden kann und bezeichnet die kulturalistische Konzeption als *Bottom-Up*-Perspektive bzw. die institutionalistische Konzeption als *Top-Down*-Perspektive. In Bezug auf Sozialkapital ist eine vergleichbare Argumentation bei Rothstein/Stolle (2008) zu finden.

lich so genannte *Honeymoon*-Effekte auswirken. Aus diesem Grund soll die Entwicklung des politischen Vertrauens untersucht werden.

Im Rahmen der vorliegenden Arbeit wird ein kompaktes Untersuchungsdesign getestet, das die theoretische Konzeption politischen Vertrauens mit den grundlegenden Erklärungsansätzen in Beziehung stellt. Aus den vorangegangenen Überlegungen werden folgende theoretische Annahmen abgeleitet, die im Rahmen empirischer Analysen überprüft werden sollen.

#### *Kulturalistische Annahmen*

- H1: Individuen, die unter demokratischen Vorzeichen sozialisiert wurden, vertrauen dem Parlament eher. Insbesondere das Vertrauen der jüngeren Bürger sollte demzufolge stärker ausgeprägt sein als das der mittleren Altersgruppen; die ältesten Bürger, die noch im vorautokratischen Kontext sozialisiert wurden, sollten jedoch ebenfalls mehr Vertrauen in das Parlament haben.
- H2: Je höher das Vertrauen der Bürger in ihre Mitmenschen, desto höher ist ihr Vertrauen in das Parlament.
- H3: Je stärker Individuen über Werte der Gemeinschaft bzw. Normen der Reziprozität verfügen, desto mehr Vertrauen setzen sie in das Parlament.
- H4: Je mehr Individuen über postmaterielle Werte verfügen, desto geringer ist ihr Vertrauen in das Parlament.

#### *Institutionalistische Annahmen*

- H5: Je zufriedener die Bürger mit den politischen und wirtschaftlichen Leistungen des neuen demokratischen Systems sind, desto höher ist ihr Vertrauen in das Parlament.
- H6: Wenn die bevorzugte Partei der Bürger Teil der Regierung (*Hometeam*) ist, vertrauen diese dem Parlament in höherem Maße.
- H7: Je mehr Bedeutung die Bürger neuer Demokratien dem Einfluss der EU beimessen, desto höher ist ihr Vertrauen in das Parlament. Diese Annahme gilt nur für neue Demokratien und nur in der anfänglichen Phase der Konsolidierung neuer Demokratien.<sup>11</sup>

#### *Honeymoon und Post-Honeymoon-Disillusionment*

- H8: In der ersten Phase nach dem Systemübergang sind hohe Vertrauenswerte zu erwarten, die in der Folgephase wieder zurückgehen.
- H9: In der Anfangszeit neuer Demokratien wird die gemeinschafts- durch die tauschbasierte Vertrauensdimension ersetzt. Erst im Laufe der Zeit rückt das gemeinschaftsbasierte Vertrauen wieder mehr in den Vordergrund.

---

<sup>11</sup> Für die beiden südeuropäischen Länder Portugal und Spanien, deren Systemumbruch im Jahre 1974 bzw. 1975 stattfand, kann dieser Indikator mit den vorliegenden Daten leider nicht getestet werden. Bereits zum Zeitpunkt der Erhebung der zweiten Welle des WVS im Jahre 1989-1993 (vgl. auch Tab. 1) kann die Konsolidierungsphase in beiden Ländern als abgeschlossen betrachtet werden; zudem traten sie schon 1986 der damaligen EG bei. Für die mittel- und osteuropäischen Länder hingegen kann der beschriebene Indikator für alle drei vorliegenden Wellen des WVS getestet werden, da sie erst 2004 bzw. 2007 Mitgliedsstaaten der EU wurden und die Phase der Konsolidierung aufgrund des doppelten Systemübergangs deutlich langsamer voranschritt.

## 4.2 Daten

Die zentrale Datengrundlage sind die Wellen zwei bis vier des *World Values Survey*<sup>12</sup> (WVS). Das WVS wurde zwar nicht speziell für die Untersuchung politischen Vertrauens entwickelt, es verfügt jedoch über einen Großteil der notwendigen Indikatoren zur Überprüfung der wichtigsten theoretischen Annahmen, da die Gruppe um Ronald Inglehart die Umfragen mit dem Ziel organisiert hat, Daten zu sozialen und politischen Einstellungen der Bevölkerung aus verschiedensten Ländern zu erheben, zu analysieren und zu vergleichen.

Da die Befragung außerdem in verschiedenen Wellen, beginnend mit dem frühen Zeitpunkt 1981, stattfand, eignet sich die Studie besonders gut für die Untersuchung des Vertrauenswandels. Bislang stehen insgesamt vier Wellen zur Verfügung, wobei die erste Welle Anfang der 1980er Jahre erhoben wurde, die zweite Anfang, die dritte Mitte der 1990er sowie schließlich die aktuellste im Zeitraum von 1999-2004.<sup>13</sup> Die Daten wurden auf Basis repräsentativer Stichproben der Bevölkerung erhoben, wobei die Befragung mittels standardisierter Fragebögen durchgeführt wurde.<sup>14</sup>

**Tabelle 1: Befragungswellen des *World Values Survey***

	<b>Welle 2: 1989-93</b>	<b>Welle 3: 1995-99</b>	<b>Welle 4: 1999-2000</b>	<b>gesamt</b>
Bulgarien	1034	1072	1000	3106
Tschechien	3033	1147	1908	6088
Estland	1008	1021	1005	3034
Griechenland	n.e.	n.e.	1142	1142
Ungarn	999	650	1000	2649
Lettland	903	1200	1013	3116
Litauen	1000	1009	1018	3027
Polen	1920	1153	1095	4168
Portugal	1185	n.e.	1000	2185
Rumänien	1103	1239	1146	3488
Slowakei	1602	1095	1331	4028
Slowenien	1035	1007	1006	3048
Spanien	4147	1211	2409	7767
Ostdeutschland	1336	1009	999	3344
Summe	20305	12813	17072	50190

Anmerkungen: In der zweiten Welle wurden in den baltischen Staaten zahlreiche Indikatoren nicht erhoben (z.B. das Vertrauen in das Parlament). Da für Griechenland bei den vorliegenden Daten nur ein Untersuchungszeitpunkt vorhanden ist, wird in dieser Untersuchung darauf verzichtet. Bei Befragten aus Ostdeutschland handelt es sich um Personen, die ihren Wohnsitz zum Zeitpunkt der Befragung in Ostdeutschland hatten.

<sup>12</sup> Das World Value Survey hat seinen Ursprung im European Values Study: Für nähere Informationen zur Durchführung der Studien siehe <http://www.europeanvaluesstudy.eu/> bzw. <http://www.worldvaluessurvey.org>.

<sup>13</sup> Auf die erste Welle wird in den nachfolgenden Analysen verzichtet, da diese bei der vorliegenden Länderauswahl nur in Spanien und Ungarn erhoben wurde. Obwohl bereits die fünfte Welle zur Verfügung steht, wird diese aufgrund der hohen Anzahl fehlender Länder nicht berücksichtigt.

<sup>14</sup> Bei Verwendung der Gesamtstichprobe, werden die Daten auf eine standardisierte Fallzahl pro Land (N=1000, „while preserving the internal proportions as originally provided by participants“, vgl. <http://www.worldvaluessurvey.org>) gewichtet, ansonsten wird auf eine Gewichtung verzichtet.

### 4.3 Operationalisierung

Nachdem der Forschungsstand dargestellt, im Rahmen empirisch prüfbarer Hypothesen und eines adäquaten Konzepts neu aufgearbeitet sowie die Datenbasis vorgestellt wurde, werden wir im nächsten Schritt die unabhängigen Variablen operationalisieren.<sup>15</sup>

#### Indikatoren kulturalistischer Ansätze

Das Alter der Befragten, das Aufschlüsse über sozialisatorische Effekte geben soll, wird in Form von Dummyvariablen (Dummy je Alterskohorte) in die Analyse aufgenommen, da anzunehmen ist, dass die älteste Kohorte der Befragten *noch* eine demokratische Sozialisation genoss, während jüngere Befragte *wieder* in einem demokratischen Regime aufwuchsen: Menschen, die ca. in den 1920er bzw. frühen 1930er Jahren geboren wurden, erlebten in den meisten Ländern noch weitestgehend demokratische Jahre, bis sich autoritäre bzw. totalitäre Herrschaftsformen etablierten. Jüngere Leute, die in den 1980er Jahren (in Mittel- und Osteuropa) bzw. in den 1960er Jahren (in Südeuropa) geboren wurden, genossen ihre, für die politische Sozialisation, prägenden Jahre in demokratischen Regimen.

Die Indikatoren des Sozialkapitalkonzepts werden zum Großteil im WVS abgefragt. In Anlehnung an Gabriel et al. (2002) werden Werte und Normen getrennt voneinander untersucht: Werte der Gemeinschaft (in der Linie kommunitaristischer Argumentation) und Normen der Reziprozität. Hinsichtlich der Werte der Gemeinschaft bietet das WVS eine Item-Batterie<sup>16</sup> zu verschiedenen Erziehungszielen an, aus denen die Befragten die für sie fünf wichtigsten auswählen können. Theoretisch stehen zumindest drei Items aus dieser Liste für die Werte der Gemeinschaft – *feeling of responsibility, tolerance and respect for other people* und *unselfishness*, die „unschwer als Wunsch interpretiert werden, seinen Kindern soziale, nicht-egoistische, also auf die Gemeinschaft bezogene Werte zu vermitteln“ (Gabriel et al. 2002: 71). Obwohl Faktorenanalysen kein klares Bild zeigten<sup>17</sup>, soll ein Index aus Verantwortungsbewusstsein, Toleranz und Respekt gebildet werden<sup>18</sup>, da es sich eindeutig um Werte einer demokratischen Gemeinschaft handelt.

Soziales Vertrauen ist ein multidimensionales Konzept, das möglichst über verschiedene Indikatoren erhoben werden sollte. Das WVS stellt für alle Untersuchungszeitpunkte allerdings nur einen Indika-

<sup>15</sup> In Tabelle 7 (Anhang) werden die zentralen Erklärungsvariablen der kulturalistischen und institutionalistischen Ansätze sowie die wesentlichen Kontrollvariablen aufgelistet und ihre Verfügbarkeit in den drei Erhebungswellen benannt.

<sup>16</sup> Die gesamte Item-Batterie umfasst insgesamt 17 Items aus denen die Befragten auswählen können. Die Liste reduziert sich jedoch auf elf Items berücksichtigt man Länder in und Zeitpunkte zu denen die Frage nicht gestellt wurde. Die Fragestellung lautet: *Here is a list of qualities that children can be encouraged to learn at home. Which, if any, do you consider to be especially important? Please choose up to five.*

<sup>17</sup> Über alle Länder hinweg laden die beschriebenen Items nicht auf denselben Faktor; ein vergleichbares Bild ergibt sich auch bei Faktorenanalysen getrennt nach Ländern und Zeitpunkten. Eine Tendenz lässt sich jedoch in bestimmten Ländern feststellen: Es handelt sich um Länder, deren Systemumbruch bereits längere Zeit verstrichen war bzw. deren Vorläufer nicht (post-)totalitäre kommunistische, sondern autoritäre Regime (Spanien, Portugal, Griechenland) waren. In diesen Fällen laden zumindest zwei der drei Items auf denselben Faktor - *feeling of responsibility* und *tolerance and respect for other people*, woraus sich schließen lässt, dass sich die Werte möglicherweise noch im Wandel befinden.

<sup>18</sup> Aus den beiden Items wurde ein einfacher additiver Index gebildet, der folgende Werte annehmen kann: ‚0‘, d.h. keines der beiden Items wurde als wichtiges Erziehungsziel eingestuft, ‚1‘, d.h. eines von beiden wurde ausgewählt und ‚2‘ – beide wurden ausgewählt.

tor<sup>19</sup> zur Verfügung. Soziale Partizipation wird im WVS, zu einem Zeitpunkt (Welle 3), über die Mitgliedschaft in Vereinen und Verbänden erhoben.<sup>20</sup> Da der Begründer der Wertewandelthese gleichzeitig auch das WVS ins Leben gerufen hat, bietet der Datensatz selbstverständlich einen geeigneten Indikator für postmaterialistische Wertevorstellungen.<sup>21</sup>

### Indikatoren institutionalistischer Ansätze

Aufgrund des doppelten Systemübergangs in Mittel- und Osteuropa (von Beyme 1994), der neben politischen Veränderungen auch einschneidende wirtschaftliche Umwälzungen mit sich brachte, ist die Zufriedenheit der Bürger mit der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit des eigenen Landes von Bedeutung für politisches Vertrauen. Leider jedoch enthält das WVS in keiner Welle eine Frage nach der Zufriedenheit mit der wirtschaftlichen Leistung des eigenen Landes, so dass auf eine Proxy-Variable, die Lebenszufriedenheit<sup>22</sup>, ausgewichen werden muss. Hinsichtlich der Zufriedenheit mit den spezifischen Leistungen des politischen Systems steht im WVS zwar ein Indikator zur Verfügung – jedoch nicht für alle Untersuchungszeitpunkte.<sup>23</sup> Allerdings sind nicht nur reine Performanzkriterien entscheidend – *Hometeam*-Effekte spielen ebenfalls eine Rolle. Unter „*Hometeam*“ werden Regierungsparteien verstanden, die als bevorzugte Parteien der Befragten gelten. Die Variable setzt sich letztlich aus der Sonntagsfrage, die im WVS bereitgestellt wird, und der Information, ob die befürwortete Partei zum Zeitpunkt der Umfrage Teil der Regierung war, zusammen. Schließlich stellt das WVS zur Messung des Einflusses internationaler Institutionen, auf den im Rahmen der Konsolidierungsforschung hingewiesen wird (Diamandouros 1997; Huntington 1991; Merkel/Puhle 1999), einen Indikator bereit, der das Vertrauen der Bürger in die EU<sup>24</sup> abfragt.

## 5. Politisches Vertrauen und seine individuellen Quellen

### 5.1 Vertrauen in das Parlament

Im WVS wird das Vertrauen in die zentralen nationalen und internationalen Institutionen, so auch in das nationale Parlament über folgende Fragestellung erhoben:

*I am going to name a number of organisations. For each one, could you tell me how much confidence you have in them: is it a great deal of confidence, quite a lot of confidence, not very much confidence or none at all? [1 to 4 (1 'A great deal'; 2 'Quite a lot'; 3 'Not very much'; 4 'None at all')]*

---

<sup>19</sup> Die Fragestellung lautet: *Generally speaking, would you say that most people can be trusted or that you need to be very careful in dealing with people? Most people can be trusted (1)... Can't be too careful (2).*

<sup>20</sup> Deshalb kann aus Gründen der Vergleichbarkeit der direkte Zusammenhang zwischen der Netzwerkmitgliedschaft und dem Vertrauen in das Parlament im Rahmen der vorliegenden Analysen nicht überprüft werden.

<sup>21</sup> Im WVS wurden zwei unterschiedliche Indizes zu postmaterialistischen Wertevorstellungen gebildet: ein 12-Item-Index und ein 4-Item-Index. Wegen fehlender Werte wird in die nachfolgenden Analysen nur der 4-Item-Index aufgenommen.

<sup>22</sup> Die Fragestellung lautet: *All things considered, how satisfied are you with your life as a whole these days? ,1' Dissatisfied ... ,10' Satisfied.*

<sup>23</sup> Die Fragestellung lautet: *People have different views about the system for governing this country. Here is a scale for rating how well things are going: 1 means very bad; 10 means very good. Where on this scale would you put the political system as it is today?*

<sup>24</sup> Die Fragestellung lautet: *I am going to name a number of organisations. For each one, could you tell me how much confidence you have in them: is it a great deal of confidence, quite a lot of confidence, not very much confidence or none at all? The European Union: 'A great deal', 'Quite a lot', 'Not very much', 'None at all'.*

In Abbildung 3 stellen wir zunächst die Vertrauensentwicklung (von 1989 bis 2004) gegenüber dem Parlament dar und prüfen damit die Annahme, die hinsichtlich des Zeitverlaufs getroffen wurde (H8). Die Vertrauenswerte rangieren von immerhin 72,6 Prozent vertrauender Befragter in Polen zum ersten Beobachtungszeitpunkt (Welle 2: 1989-94) hin zu nur knapp über zehn Prozent in Litauen (Welle 4: 1999-2000).

In einem ersten Schritt betrachten wir die beiden südeuropäischen Länder Spanien und Portugal, deren Systemübergang deutlich früher zu verorten ist als in den mittel- und osteuropäischen Ländern. Demzufolge sollte das rückläufige Vertrauen (*Post-Honeymoon-Dissillusionment*) verbunden mit dem Ende der ersten Hochphase bereits überwunden sein.<sup>25</sup> Tatsächlich steigt das Vertrauen in Spanien und Portugal stetig an, so dass in der vierten Welle – also zum letzten Erhebungszeitpunkt – jeweils knapp die Hälfte der spanischen und portugiesischen Befragten dem Parlament Vertrauen entgegenbringen. An den stabilen aber ausgeglichenen Vertrauenswerten in Südeuropa lässt sich ablesen, dass die *Honeymoon*-Phase hier bereits abgeschlossen ist. Dieses Ergebnis erscheint insofern plausibel, als Portugal und Spanien bereits seit Mitte der 1980er Jahre als konsolidierte Demokratien gelten (Linz/Stepan 1996).

In Bezug auf die Vertrauensentwicklung der mittel- und osteuropäischen Länder kristallisiert sich hingegen weitestgehend – in Bulgarien, Tschechien, Estland, Ungarn, Litauen, Polen und Rumänien – eine rückläufige Tendenz heraus: Das anfänglich hohe Vertrauen in das Parlament fällt im Laufe der Zeit stetig, was auf die *Honeymoon*-Phase bzw. die darauffolgende Periode der Desillusionierung hinweist. Die Bürger brachten dem Parlament in der neuen, teilweise noch nicht vollständig konsolidierten Demokratie, zunächst sehr viel Vertrauen entgegen, da sie große Hoffnungen in das demokratische System setzten und dem Parlament gewissermaßen einen Vertrauensbonus einräumten.

In anderen postkommunistischen Ländern war die *Honeymoon*-Phase sogar noch deutlicher zu erkennen. In Ostdeutschland und Slowenien fand in der zweiten Welle ein außerordentlicher Vertrauensrückgang statt: in Slowenien von 35,7 auf 24,2 Prozent bzw. in Ostdeutschland von 40,7 auf 16,7 Prozent. Nachdem jeweils in der Folgephase ein Vertrauensanstieg zu beobachten ist, scheint in beiden Ländern – früher als in den anderen mittel- und osteuropäischen Umbruchsstaaten – bereits die Phase der *Post-Honeymoon-Disillusion* einzusetzen, was nicht unplausibel ist, da es sich bei den beiden Ländern gewissermaßen um Sonderfälle der demokratischen Konsolidierung handelt.

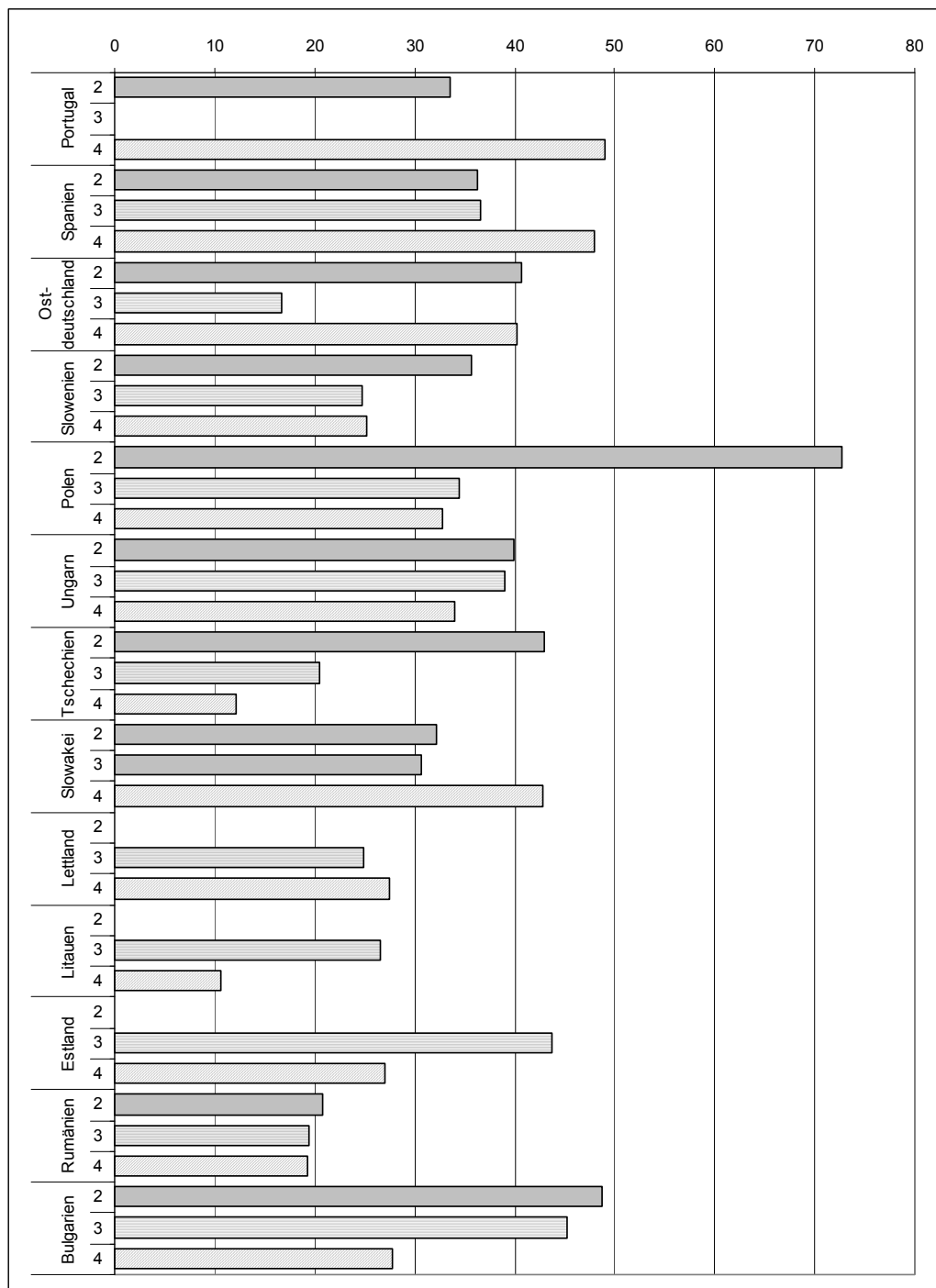
In Slowenien war aufgrund der Abspaltung Jugoslawiens vom sowjetischen Einflussbereich sowie der geographischen Nähe zu Italien bereits früh eine Öffnung gegenüber Westeuropa zu beobachten. Demokratische Erfahrungen konnten demnach noch während des autokratischen Systems gesammelt werden und ermöglichten eine schnellere Konsolidierung. Die DDR hingegen wurde in eine bereits bestehende Demokratie integriert. Beide Entwicklungen sprechen dafür, dass die Konsolidierung der

---

<sup>25</sup> Nachdem die erste Welle des WVS (1981/82) in Spanien durchgeführt wurde, besteht die Möglichkeit die Annahme gezielter zu überprüfen. Tatsächlich vertrauten in der ersten Phase nach dem Systemübergang

Demokratie weniger stark von Krisen erschüttert wurde, so dass ebenfalls das Vertrauen geringeren Schwankungen unterworfen war bzw. sich schneller wieder stabilisieren konnte. In Anbetracht dieser Beschreibungen konnten bislang für die meisten Länder die Ergebnisse vorangegangener Arbeiten (Catterberg/Moreno 2005; Inglehart/Catterberg 2002; Mishler/Rose 1999) repliziert werden.

**Abbildung 3: Vertrauen in das Parlament in den neuen Demokratien Europas**



Quelle und Anmerkungen: WVS 2-4. Dargestellte Werte sind Prozentwerte (die Antwortalternativen "a great deal" und "quite a lot" wurden zusammengefasst). In Estland, Lettland und Litauen wurde die Frage nach dem Parlamentsvertrauen in Welle 2 nicht erhoben, in Portugal wurde die gesamte Erhebung in Welle 3 nicht durchgeführt.

noch 47,9 Prozent der befragten Spanier dem Parlament (*Honeymoon-Phase*), erst danach kam es zum Rückgang (*Post-Honeymoon-Disillusion*) gefolgt vom stetig ansteigenden Vertrauen.

## 5.2 Wesentliche Modelle des politischen Vertrauens

Nachdem in bivariaten Analysen signifikante Zusammenhänge zwischen den zentralen unabhängigen Variablen und dem Vertrauen in das Parlament nachgewiesen werden konnten (Ergebnisse hier nicht dargestellt), werden die Bestimmungsfaktoren politischen Vertrauens nun multivariaten Analysen unterzogen. Zunächst wird mittels OLS-Regressionen<sup>26</sup> der Zusammenhang zwischen dem Vertrauen in das Parlament und den beiden wesentlichen Erklärungsansätzen ermittelt. Im zweiten Schritt werden die beiden Ansätze zusammen mit den Kontrollvariablen in einem Modell geschätzt, um abschließend die Ländereffekte zu kontrollieren. Im Wesentlichen wird der Frage nachgegangen, inwieweit sich die Annahmen der kulturalistischen und institutionalistischen Ansätze auf das politische Vertrauen auswirken.

Da alle drei Untersuchungswellen einbezogen werden sollen, konnte im Rahmen dieser Modelle nicht allen zuvor angeführten unabhängigen Variablen Rechnung getragen werden. Untersucht werden konnten mit Ausnahme der Netzwerkmitgliedschaft alle Hypothesen des Kulturalismus, die ökonomische Performanzzufriedenheit sowie der Einfluss der EU auf politisches Vertrauen in Mittel- und Osteuropa. Da bei Berücksichtigung der politischen Performanzzufriedenheit nur beschränkte Vergleichbarkeit herrscht, wird dieser Indikator aufgrund seiner hohen Bedeutung für politisches Vertrauen in zusätzlichen Modellen einbezogen. Angesichts der unterschiedlichen Zeitpunkte des Systemumbruchs wird in den nachfolgenden Analysen außerdem hinsichtlich zweier Ländergruppen differenziert: Südeuropa (1974/75) vs. Mittel- und Osteuropa (1989/90).

### 5.2.1 Kulturalistisches Modell

Wir beginnen mit der Untersuchung des Einflusses der kulturalistischen Bestimmungsfaktoren auf das Vertrauen in das Parlament (vgl. Tab. 2). Zunächst fällt auf, dass die Erklärungskraft der Modelle in allen drei Wellen und beiden Ländergruppen mit maximal vier Prozent erklärter Varianz sehr gering ausfällt. Weiterhin konnte die Annahme, dass die Erklärungskraft des kulturalistischen Modells im Laufe der Zeit, das heißt im Rahmen fortschreitender Konsolidierungsprozesse, ansteigt, nicht bestätigt werden. Diese Annahme soll jedoch weiter unten im Rahmen länderspezifischer Modelle gezielter untersucht werden (vgl. S. 26ff.). An dieser Stelle stehen hingegen die einzelnen Hypothesen des kulturalistischen Modells (H1 – H4) im Mittelpunkt.

Zunächst überprüfen wir die Sozialisierungseffekte: Vor dem Hintergrund der Sozialisierungstheorie wurde angenommen, dass sich die Sozialisation unter demokratischen Vorzeichen positiv auf das Vertrauen in das Parlament auswirkt. Für Südeuropa bestätigen die vorliegenden Analysen diese Annahme für alle drei Untersuchungszeitpunkte, wenn auch die Effekte nur geringfügig ausgeprägt und nicht zu allen Zeitpunkten signifikant sind. Jüngere Befragte, deren Sozialisation in einem demo-

---

<sup>26</sup> Da die Interpretation der abhängigen Variablen als metrische Variable nicht unumstritten ist, wurden zur Überprüfung der Validität der Ergebnisse ebenfalls ordinale Regressionsmodelle berechnet. Beide Modelle unterscheiden sich in ihren Aussagen nicht, weshalb aus Gründen der einfacheren Interpretation die Ergebnisse der linearen Regression ausgewiesen werden.



kratischen Regime stattfand, vertrauen dem Parlament stärker als Befragte mittleren und älteren Alters, die den größten Teil ihrer Sozialisation in einem autokratischen Regime durchliefen. In den mittel- und osteuropäischen Ländern zeigt sich zwar ebenfalls, dass Ältere weniger Vertrauen in das Parlament haben als Jüngere, ein Großteil der Ergebnisse ist jedoch statistisch nicht signifikant. Obwohl die Sozialisationsannahme tendenziell bestätigt wurde, bleibt anzumerken, dass auch diejenigen älteren Befragten, deren politische Sozialisation noch zu Zeiten vorautokratischer Regime stattfand, mehr Vertrauen in das Parlament setzen müssten als Befragte deren vollständige Sozialisation in nicht-demokratischen Systemen erfolgte. Weiterhin bleibt kritisch anzumerken, dass sich hinter den vermeintlichen Sozialisationseffekten auch so genannte Generationeneffekte verstecken können, was jedoch mit den vorliegenden Daten nicht geklärt werden kann. Sinnvollerweise sollten jedoch die Sozialisationsannahmen in weiterführenden Untersuchungen mit eindeutigeren Indikatoren (z.B. mittels der ideellen Verhaftung im alten System) überprüft werden.

**Tabelle 2: Kulturalistisches Erklärungsmodell**

	Südeuropa (Spanien, Portugal)						Mittel- und Osteuropa					
	Welle 2		Welle 3		Welle 4		Welle 2		Welle 3		Welle 4	
	B	Beta	B	Beta	B	Beta	B	Beta	B	Beta	B	Beta
Konstante	2,56		2,39		2,31		2,37		2,48		2,61	
Altersgruppe: 25-34°	,01	,01	-,05	-,02	-,04	-,02	,00	,00	,02	,01	,07	,04 *
Altersgruppe: 35-44°	-,07	-,03	-,15	-,07	-,18	-,08 ***	,02	,01	,05	,03	,09	,04 **
Altersgruppe: 45-54°	-,08	-,04	-,15	-,06	-,14	-,06 *	-,05	-,02	,02	,01	,05	,03
Altersgruppe: 55-64°	-,01	,00	-,27	-,12 **	-,24	-,10 ***	-,12	-,05 **	,02	,01	,00	,00
Altersgruppe: 65 und älter°	-,16	-,07 **	-,29	-,13 **	-,20	-,10 ***	-,19	-,08 ***	-,02	-,01	-,06	-,03 *
Werte der Gemeinschaft	-,03	-,02	,02	,01	,02	,02	-,01	-,01	,00	,00	,01	,01
Reziprozitätsnormen	,01	,08 ***	,03	,12 ***	,01	,08 ***	,00	,02	,01	,09 ***	,00	,00
Soziales Vertrauen	,13	,07 ***	,21	,12 ***	,12	,07 ***	,21	,10 ***	,16	,09 ***	,15	,08 ***
Postmaterialistische Werte <sup>oo</sup>	,04	,02	-,02	-,01	,11	,05 *	,01	,00	,06	,02	,08	,02 *
Gemischte Werte <sup>oo</sup>	-,01	-,01	,04	,02	,07	,05	-,02	-,01	,01	,01	,00	,00
N	2446		840		2458		8605		9295		9114	
Erklärte Varianz	,02		,04		,02		,02		,02		,01	

Quelle und Anmerkungen: WVS 2-4. Dargestellte Werte sind unstandardisierte (B) und standardisierte Koeffizienten (Beta). \*\*\* =  $p < 0,001$ , \*\* =  $p < 0,01$ , \* =  $p < 0,05$ . Referenzkategorien: °Altersgruppe: 15-24; °°Materialistische Werte. In der dritten Welle wurde Portugal nicht in die Analysen eingeschlossen, in der zweiten Welle fehlen Estland, Lettland und Litauen.

Im Rahmen der Sozialkapitaltheorie wurde davon ausgegangen, dass sich die Mitgliedschaft in Netzwerken<sup>27</sup>, Werte der Gemeinschaft und Normen der Reziprozität genauso wie soziales Vertrauen positiv auf das Vertrauen in das Parlament auswirken. Die Erwartung hinsichtlich des Zusammenhangs zwischen sozialem und politischem Vertrauen hat sich eindeutig in beiden Ländergruppen zu allen Zeitpunkten bestätigt: Befragte, die ihren Mitmenschen vertrauen schenken, setzen letztendlich auch höheres Vertrauen in das Parlament. In Portugal und Spanien wirken sich Reziprozitätsnormen positiv

<sup>27</sup> Wie bereits angemerkt war es aus Gründen der Vergleichbarkeit nicht möglich diese Hypothese zu überprüfen, da die Frage nach der Mitgliedschaft in Netzwerken nur in der dritten Erhebungswelle gestellt wurde. Weiterführende Analysen (nicht dargestellt) haben jedoch zu dem Ergebnis geführt, dass soziale Partizipation nur teilweise einen direkten Einfluss auf politisches Vertrauen ausübt. Überwiegend scheint die Netzwerkmitgliedschaft das Vertrauen in das Parlament allerdings indirekt über soziales Vertrauen bzw. gemeinsame Werte und Normen zu beeinflussen.

auf politisches Vertrauen aus – Befragte, die in den wesentlichen Kategorien demokratischen Zusammenlebens übereinstimmen, vertrauen dem Parlament eher. In Mittel- und Osteuropa zeigen sich dahingehend nur in der dritten Welle signifikante Effekte. Werte hingegen tragen in keinem Fall zu höherem politischem Vertrauen bei, wobei hier auch die Operationalisierung nicht ideal vorgenommen werden konnte. Die mit dem Wertewandel verbundenen Annahmen fanden ebenfalls nur eine sehr schwache Bestätigung: Jeweils in der vierten Welle haben postmaterialistische Werte (im Vergleich zu materialistischen Werten) einen signifikanten positiven Effekt auf das Vertrauen in das Parlament. Im Vergleich zu früheren Untersuchungen in neuen Demokratien (Catterberg/Moreno 2005; Rohrschneider/Schmitt-Beck 2003) konnte damit zumindest ein schwacher Zusammenhang bestätigt werden, der mit Daten eines späteren Erhebungszeitpunktes weiterhin überprüft werden sollte. Denkbar wäre, dass sich der Einfluss postmaterialistischer Wertvorstellungen in neuen Demokratien erst im Laufe der Zeit herausbildet.

## 5.2.2 Institutionalistisches Modell

Wir widmen uns nun dem institutionalistischem Erklärungsmodell (H5 – H7), das im Vergleich zum kulturalistischen Modell stärker zur erklärten Varianz des politischen Vertrauens beiträgt (vgl. Tab. 3). Im Wesentlichen wurde hier untersucht, ob sich so genannte Performanzkriterien positiv auf das Parlamentsvertrauen auswirken. Die Ergebnisse bisheriger Analysen (Mishler/Rose 2005; Zmerli 2004; Zmerli et al. 2007) konnten mit den vorliegenden Daten insofern gestützt werden, als das institutionalistische Erklärungsmodell eine bessere Varianzaufklärung liefert als das kulturalistische. Allerdings trifft dies nur auf das Modell zu, in dem die Auswirkungen der Zufriedenheit mit der politischen Performanz auf das politische Vertrauen einbezogen werden konnten (vgl. Modell B)<sup>28</sup>: Hier wurden in Mittel- und Osteuropa immerhin 14 Prozent der Varianz erklärt.

In Modell A wurden aus Gründen der besseren Vergleichbarkeit zunächst nur die Lebenszufriedenheit als Proxy-Variable für die Zufriedenheit der Bürger mit der wirtschaftlichen Situation ihres Landes sowie die *Hometeam*-Hypothese getestet. Obwohl die Richtung der Effekte hinsichtlich der Performanzzufriedenheit in allen Fällen der Annahme entsprechend ist, wurden nur in Mittel- und Osteuropa signifikante Ergebnisse erzielt. Hier zeigte sich, dass Bürger, die mit der wirtschaftlichen Situation zufrieden sind, mehr Vertrauen in das Parlament setzen. In Südeuropa hingegen ist das Vertrauen nicht von solchen Performanzkriterien abhängig, was darauf hinweist, dass reine Performanz in der Frühphase neuer Demokratien noch eine gewichtigere Rolle spielt und im Laufe der Zeit durch gemeinschaftsbasiertes Vertrauen ergänzt wird.

Auch die so genannte *Hometeam*-Hypothese konnte insbesondere in Mittel- und Osteuropa bestätigt werden: Bürger, deren bevorzugte Partei Teil der Regierung ist, vertrauen dem Parlament eher, im Vergleich zu denjenigen, deren Partei nicht an der Regierung beteiligt ist. Dies gilt in gleichem Maße für die Nichtwähler, d.h. diejenigen Befragten, die angaben, nicht gewählt zu haben. Im Umkehr-

---

<sup>28</sup> Dieser Indikator wurde leider erst ab der dritten Welle erhoben. In der zweiten Welle des WVS liegt kein geeigneter Indikator zur Messung politischer Performanz vor.

schluss bedeutet dies, dass Bürger, deren bevorzugte Partei nicht an der Regierung beteiligt ist, weniger Vertrauen in das Parlament haben. In Südeuropa trifft dies nur in der zweiten Welle zu, in der dritten hingegen verhält es sich entgegengesetzt: Bürger, deren bevorzugte Partei Teil der Regierung ist, vertrauen dem Parlament weniger. Dies scheint jedoch einzig den spanischen Daten geschuldet zu sein<sup>29</sup>: Zum Zeitpunkt der Erhebung (1995), stellte die PSOE die Regierungspartei dar; mit den darauf folgenden Wahlen im Jahr 1996 wurde diese jedoch von der PP abgelöst. Dies gibt Grund zur Annahme, dass die Befragten bereits zum Erhebungszeitpunkt kein Vertrauen mehr in ihre gewählten politischen Institutionen hatten, was die *Hometeam*-Hypothese entkräftet.

**Tabelle 3: Institutionalisiertes Erklärungsmodell**

	Südeuropa (Spanien, Portugal)						Mittel- und Osteuropa					
Modell A	Welle 2		Welle 3		Welle 4		Welle 2		Welle 3		Welle 4	
	B	Beta	B	Beta	B	Beta	B	Beta	B	Beta	B	Beta
Konstante	2,77		3,01		2,60		2,72		2,85		2,92	
Performanzzufr. (wirtschaftl.)	,02	,05 *	,01	,01	,01	,03	,04	,10 ***	,03	,08 ***	,04	,11 ***
Bevorzugte Partei in Regierung°	,16	,09 ***	-,33	-,20 ***	,02	,01	,15	,09 ***	,23	,15 ***	,27	,17 ***
Nichtwähler°	,33	,18 ***	-,11	-,07	,18	,10 ***	,33	,16 ***	,38	,20 ***	,38	,23 ***
N	2318		849		2344		10298		10173		9384	
Erklärte Varianz	,02		,03		,01		,03		,04		,06	
Modell B	Welle 2		Welle 3		Welle 4		Welle 2		Welle 3		Welle 4	
	B	Beta	B	Beta	B	Beta	B	Beta	B	Beta	B	Beta
Konstante			2,05		2,07				1,95		2,10	
Performanzzufr. (wirtschaftl.)	X		-,02	-,04	,01	,02	X		,00	,00	,01	,04 ***
Performanzzufr. (politisch)			,11	,31 ***	,09	,22 ***			,13	,34 ***	,11	,31 ***
Bevorzugte Partei in Regierung°			-,17	-,10 *	,04	,03			,12	,08 ***	,15	,09 ***
Nichtwähler°			-,03	-,02	,15	,09 ***			,24	,12 ***	,26	,16 ***
N			819		2235				9918		9114	
Erklärte Varianz			,11		,06				,14		,14	

Quelle und Anmerkungen: WVS 2-4. Dargestellte Werte sind unstandardisierte (B) und standardisierte Koeffizienten (Beta). \*\*\* =  $p < 0,001$ , \*\* =  $p < 0,01$ , \* =  $p < 0,05$ . Referenzkategorien: °Bevorzugte Partei ist nicht an der Regierung beteiligt. In der dritten Welle wurde Portugal nicht in die Analysen eingeschlossen, in der zweiten Welle fehlen Estland, Lettland und Litauen.

In Modell B wird weiterhin der Effekt der politischen Performanzzufriedenheit auf das politische Vertrauen überprüft, was jedoch nur für die beiden letzten Wellen umgesetzt werden konnte. Es wird an dieser Stelle jedoch sogleich deutlich, dass der Indikator einen großen Beitrag zur Varianzaufklärung leistet: Die Zufriedenheit mit politischen Errungenschaften trägt in beiden Ländergruppen zu höherem Vertrauen in das Parlament bei. Außerdem gehen zumindest in den mittel- und osteuropäischen Ländern die Effekte der ökonomischen Performanzzufriedenheit durch Aufnahme dieses Indikators zurück. Politische Problemstellungen sind demzufolge wichtiger für die Herausbildung des politischen Vertrauens als wirtschaftliche.

Da es sich in der vorliegenden Untersuchung um die Frage nach den Bestimmungsfaktoren politischen Vertrauens in *neuen* Demokratien handelt, wurde an dieser Stelle zusätzlich ein wesentlicher

<sup>29</sup> Da in Portugal zu diesem Zeitpunkt keine Erhebung durchgeführt wurde, handelt es sich in der dritten Welle ausschließlich um spanische Daten.

Einflussfaktor für die Konsolidierungsphase neuer Demokratien einbezogen: der internationale Einfluss. Vor dem Hintergrund der Länderauswahl wurde die Annahme formuliert, dass sich ein Einwirken der EU, an dieser Stelle über Vertrauen in die EU abgefragt, positiv auf das Vertrauen in das Parlament auswirkt. Wie bereits an anderer Stelle angemerkt, kann diese Hypothese nur für die mittel- und osteuropäischen Länder<sup>30</sup> durchgeführt werden.

**Tabelle 4: Zusatzmodell für Mittel- und Osteuropa: internationaler Einfluss**

Modell A	Welle 2		Welle 3		Welle 4	
	B	Beta	B	Beta	B	Beta
Konstante	1,62		1,86		1,81	
Performanzzufr. (wirtschaftl.)	,02	,06 ***	,02	,07 ***	,01	,04 ***
Vertrauen in die EU	,29	,30 ***	,31	,33 ***	,33	,35 ***
Bevorzugte Partei in Regierung <sup>o</sup>	,31	,18 ***	,15	,10 ***	,20	,12 ***
Nichtwähler <sup>o</sup>	,33	,18 ***	,28	,14 ***	,31	,18 ***
N	6146		7921		7236	
Erklärte Varianz	,12		,15		,17	
Modell B	Welle 2		Welle 3		Welle 4	
	B	Beta	B	Beta	B	Beta
Konstante			1,45		1,47	
Performanzzufr. (wirtschaftl.)			,00	,01 *	,00	,00
Performanzzufr. (politisch)			,11	,29 ***	,08	,21 ***
Vertrauen in die EU			,25	,27 ***	,29	,31 ***
Bevorzugte Partei in Regierung <sup>o</sup>			,07	,04 ***	,12	,08 ***
Nichtwähler <sup>o</sup>			,18	,09 ***	,23	,14 ***
N			7771		7089	
Erklärte Varianz			,22		,21	

Quelle und Anmerkungen: WVS 2-4. Dargestellte Werte sind unstandardisierte (B) und standardisierte Koeffizienten (Beta). \*\*\* =  $p < 0,001$ , \*\* =  $p < 0,01$ , \* =  $p < 0,05$ . Referenzkategorien: <sup>o</sup>Bevorzugte Partei ist nicht an der Regierung beteiligt. In der zweiten Welle wurden Estland, Lettland und Litauen nicht in die Analyse aufgenommen. Ostdeutschland wurde aus methodischen Gründen von der Analyse ausgeschlossen.

In beiden Modellen (vgl. Tab. 4) zeigt sich eine Bestätigung der Annahme; der positive Eindruck, den Bürger sich über einen bedeutsamen internationalen Akteur im Konsolidierungsprozess bilden, wirkt sich stark auf deren Vertrauen aus. Bleibt noch anzumerken, dass zwar die Effekte der wirtschaftlichen Performanzzufriedenheit durch die Aufnahme dieses Indikators in das Modell weiterhin geschwächt werden, nicht jedoch die der Zufriedenheit mit politischen Entwicklungen.

Abschließend lässt sich demnach festzuhalten, dass, den Erwartungen entsprechend, institutionalistische Ansätze einen großen Beitrag zur Erklärung politischen Vertrauens leisten, kulturalistische im Vergleich weniger bedeutend sind. Mit Ausnahme der Wertvorstellungen – weder gemeinsame demokratische Werte noch postmaterialistische Werte wirken sich besonders stark auf politisches Vertrauen aus – zeigen die wesentlichen Erklärungsvariablen allerdings durchweg signifikante und den Erwartungen entsprechende Effekte. In einem letzten Schritt sollen nun die zunächst getrennt berechneten

<sup>30</sup> Außerdem wurde für dieses Modell Ostdeutschland ausgeschlossen, da die ehemalige DDR nach erfolgtem Systemumbruch sehr schnell (1990) in eine bereits bestehende Demokratie integriert wurde und gleichzeitig

Modelle in ein Gesamtmodell integriert werden, um die Indikatoren der einzelnen Modelle zu kontrollieren sowie den Einfluss der Länderunterschiede adäquat schätzen zu können.

### 5.2.3 Das Gesamtmodell

Im Rahmen des Gesamtmodells werden nun alle Indikatoren überprüft: Da die Analyse des Gesamtmodells anhand gepoolter Daten (Südeuropa und Mittel- und Osteuropa wird gemeinsam behandelt) durchgeführt wurde, war es außerdem notwendig den Sozialisationsindikator anzupassen.<sup>31</sup> Um die Kontexteffekte adäquat kontrollieren zu können, wurden die einzelnen Länder in Form von Dummyvariablen in das Modell aufgenommen (vgl. Tab 5). Ferner wurden die Effekte über soziodemographische Merkmale, wie Geschlecht, Bildung und Religiosität<sup>32</sup> kontrolliert. Da Bildung häufig als Proxy-Variable für postmaterialistische Wertevorstellungen herangezogen wird, ist demzufolge bei höherer Bildung ein geringeres politisches Vertrauen zu erwarten. Religion hingegen könnte insofern im Sinne der Putnam'schen Sozialkapitaltheorie interpretiert werden, als dass Religiosität mit höherem Vertrauen einhergeht.

Im Vergleich zu den Einzelmodellen werden nur geringfügige Veränderungen auffällig – die Religionszugehörigkeit ist die einzige Variable, die signifikante Effekte auf das Parlamentsvertrauen ausübt: Religiöse Menschen haben demnach ein höheres Vertrauen. Es wird jedoch deutlich, dass weder Kontrollvariablen noch Kontextfaktoren die zentralen Erklärungsvariablen der Individualebene beeinträchtigen. Grundsätzlich verstärkt das Modell vielmehr den Eindruck, dass institutionalistische Faktoren politisches Vertrauen besser erklären als kulturalistische. Der sicherste Indikator für ausgeprägtes Vertrauen in das Parlament bleibt die Zufriedenheit mit dem politischen System im Allgemeinen sowie der so genannte *Hometeam*-Effekt.

In Bezug auf das Alter kristallisiert sich heraus, dass Bürger, die den wesentlichen Teil ihrer politischen Sozialisation noch vor dem Einsetzen des autokratischen Regimes erlebten, nicht zu höherem Vertrauen in das Parlament neigen – stattdessen ist der gegenteilige Effekt vorhanden. Dies legt den Schluss nahe, dass nicht nur die wesentliche Sozialisationsphase prägend ist, sondern vielmehr die Tatsache, dass Menschen den Großteil ihres Lebens in einem autokratischem Regime verbrachten. Die Sozialisation in post-autokratischen Staaten scheint ebenfalls nicht unweigerlich zu höherem Vertrauen in das Parlament beizutragen: Nur für 1999/2000 (Welle 4) sind hier schwache Effekte zu er-

---

Mitglied der EU wurde. Dem internationalen Akteur, der EU, wird deshalb von den deutschen Befragten eine andere Bedeutung beigemessen als es in den restlichen mittel- und osteuropäischen Ländern der Fall ist.

<sup>31</sup> Da die Systemumbrüche in Südeuropa (1974/75) deutlich früher stattfanden als in Mittel- und Osteuropa (1989/90) hat das Alter als Sozialisationsindikator in den jeweiligen Ländern eine unterschiedliche Bedeutung. Aus diesem Grund wurde, getrennt nach Ländern, eine neue Variable mit drei Ausprägungen berechnet: Die politische Sozialisation fand 1. zeitlich vor dem autokratischem Regime, 2. während des autokratischem Regime, 3. nach dem Systembruch statt.

<sup>32</sup> Die Variablen wurden folgendermaßen kodiert: Geschlecht – (1) männlich, (2) weiblich; Religiosität – (1) religiös, (2) nicht religiös. Die Bildungsvariable ging in die Analysen über das Alter bei Ausbildungsende bzw. im WVS klassifizierten Bildungsgruppen ein. Auf die Kontrollvariablen zur politischen Einstellung, zum politischen Interesse, zur Mediennutzung und der ethnischen Zugehörigkeit muss bei den vorliegenden Analysen aufgrund von Datenlücken verzichtet werden.

kennen, die darauf hinweisen, dass Bürger, die im postautokratischen Umfeld sozialisiert wurden, im Vergleich zu den nicht-demokratisch Sozialisierten mehr Vertrauen mitbringen. Die Effekte der verbleibenden kulturalistischen Indikatoren sind weitestgehend gleichbleibend: Werte (die Gemeinschaft betreffend sowie postmaterielle Werte) wirken sich nicht signifikant auf politisches Vertrauen aus, soziales Vertrauen und Reziprozitätsnormen hingegen positiv, wenn auch letztgenannte nur schwache Effekte zeigen, was sich bereits in den Einzelmodellen in Mittel- und Osteuropa gezeigt hat.

Tabelle 5: Gesamtmodell mit Länderdummies

	Modell A						Modell B					
	Welle 2		Welle 3		Welle 4		Welle 3		Welle 4			
	B	Beta	B	Beta	B	Beta	B	Beta	B	Beta		
<i>Konstante</i>	2,33		2,51		2,25		1,72		1,65			
soz. vor autokrat. Regime <sup>°</sup>	-,07	-,03 **	-,07	-,02 *	-,06	-,02	-,04	-,02	-,03	-,01		
soz. nach autokrat. Regime <sup>°</sup>	,04	,02	,02	,01	,05	,03 *	,04	,02	,05	,03 **		
Werte der Gemeinschaft	,01	,00	-,01	-,01	,02	,02 *	-,01	-,01	,02	,01		
Reziprozitätsnormen	,00	,02 *	,01	,08 ***	,00	,02	,01	,07 ***	,00	,01		
Soziales Vertrauen	,13	,07 ***	,14	,08 ***	,10	,05 ***	,10	,06 ***	,06	,03 ***		
Postmaterialistische Werte <sup>°°</sup>	,03	,01	,00	,00	,08	,03 **	,02	,01	,06	,02		
Gemischte Werte <sup>°°</sup>	,02	,01	-,01	-,01	,00	,00	-,01	,00	,00	,00		
Performanzzufr. (wirtschaftl.)	,03	,09 ***	,03	,09 ***	,03	,10 ***	,01	,03 **	,01	,04 ***		
Performanzzufr. (politisch)	-----						,12	,33 ***	,12	,31 ***		
Bevorzugte Partei in Reg. <sup>°°°</sup>	,16	,09 ***	,16	,10 ***	,19	,11 ***	,07	,05 ***	,11	,07 ***		
Nichtwähler <sup>°°°</sup>	,30	,16 ***	,27	,14 ***	,28	,17 ***	,16	,08 ***	,20	,12 ***		
Geschlecht	,03	,02	,01	,01	-,02	-,01	,00	,00	-,03	-,02		
Bildung	,01	,02	,00	,00	,00	,00	,00	,01	,01	,01		
Religion	,10	,07 ***	,03	,02 *	,10	,08 ***	,01	,01	,07	,06 ***		
Portugal <sup>°°°°</sup>	,08	,03 *	n.e.		,14	,04 ***	n.e.		,17	,05 ***		
Ostdeutschland	-,02	-,01	,26	,10 ***	,23	,07 ***	,29	,11 ***	,26	,09 ***		
Slowenien	-,16	-,05 ***	,14	,05 ***	,37	,13 ***	,14	,05 ***	,23	,08 ***		
Polen	-,54	-,18 ***	-,03	-,01	,26	,09 ***	,00	,00	,09	,03 **		
Ungarn	-,08	-,03 *	-,10	-,04 **	,25	,09 ***	-,10	-,04 *	,10	,03 **		
Tschechien	-,13	-,04 **	,26	,09 ***	,61	,21 ***	,26	,10 ***	,47	,16 ***		
Slowakei	,14	,05 ***	,06	,02	,21	,07 ***	,07	,03	,01	,00		
Rumänien	,31	,12 ***	,22	,08 ***	,53	,17 ***	,05	,02	,35	,11 ***		
Bulgarien	-,33	-,11 ***	-,17	-,05 ***	,31	,10 ***	-,12	-,04 **	,22	,07 ***		
Estland	n.e.		-,17	-,06 ***	,28	,09 ***	-,13	-,05 ***	,21	,06 ***		
Lettland	n.e.		-,05	-,02	,48	,15 ***	-,03	-,01	,27	,08 ***		
Litauen	n.e.		,17	,06 ***	,43	,12 ***	,13	,05 ***	,32	,09 ***		
N	7581		9457		9848		9279		9601			
Erklärte Varianz	,11		,08		,10		,17		,18			

Quelle und Anmerkungen: WVS 2-4. Dargestellte Werte sind unstandardisierte (B) und standardisierte Koeffizienten (Beta). \*\*\* =  $p < 0,001$ , \*\* =  $p < 0,01$ , \* =  $p < 0,05$ . Referenzkategorien: <sup>°</sup>Sozialisation im autokratischem Regime; <sup>°°</sup>Materialistische Werte; <sup>°°°</sup>Bevorzugte Partei ist nicht an der Regierung beteiligt; <sup>°°°°</sup>Länderdummy: Spanien. In der zweiten Welle wurden Estland, Lettland und Litauen nicht in die Analyse aufgenommen.

Interessanter hingegen ist die Frage, inwiefern sich die Ländervariationen auf das politische Vertrauen auswirken, was über die Aufnahme so genannter Länderdummies überprüft werden soll. Wie zu erwarten war, steigt die erklärte Varianz aller drei Modelle durch die Aufnahme der Länder in das Modell an. Allerdings variieren die Effekte von einem Erhebungszeitpunkt zum nächsten erheblich: In der

zweiten Welle ist das Vertrauen im Vergleich zur Referenzkategorie Spanien in den überwiegenden Ländern geringfügiger ausgeprägt, während es zum letzten Erhebungszeitpunkt in allen Ländern ausnahmslos höher ist als in Spanien. Dies gibt erste Hinweise auf die Instabilität der Effekte des politischen Vertrauens in der Anfangsphase neuer Demokratien, was im nachfolgenden Kapitel noch eingehender beleuchtet werden soll.

Festzuhalten bleibt in jedem Fall, dass ein Teil der Varianz über Länderunterschiede erklärt wird, wobei aus diesem Modell nicht hervorgeht, welche Kontextmerkmale dafür verantwortlich sind. Es ist beispielsweise anzunehmen, dass das Vertrauen in sozioökonomisch besser entwickelten Gesellschaften stärker ausgeprägt ist als in eher von Armut geprägten. Der Kulturraum, der Länder über Jahrhunderte hinweg geprägt hat, kann sich auf politisches Vertrauen auswirken. Deters et al. (2007) weisen zudem auf den Grad der politischen Freiheit in einem Land, das Parteiensystem, die Dezentralisierung und die Frage, ob ein parlamentarisches oder präsidentielles Regierungssystem gegeben ist, hin.

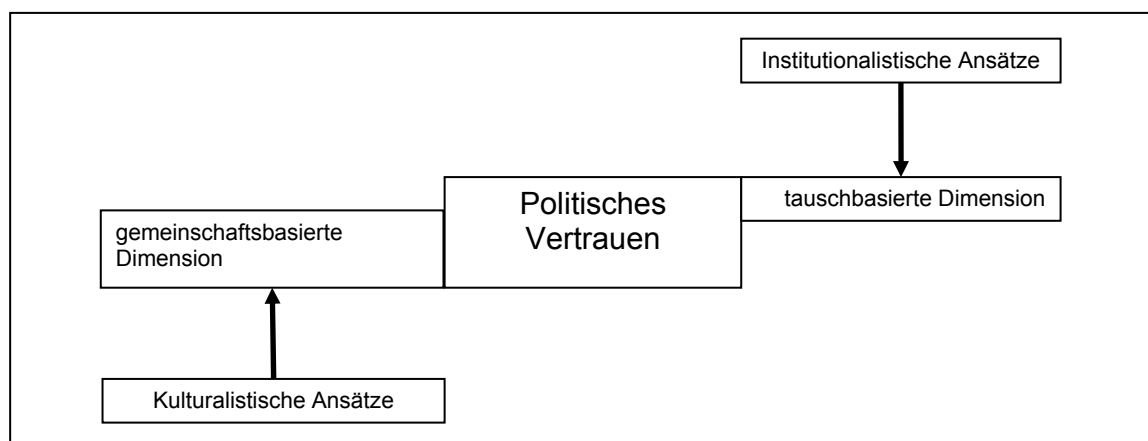
In verschiedenen Analysen zu politischem Vertrauen fanden zwar bislang Kontextfaktoren Eingang (Fuchs/Klingemann 2006; Magalhães 2006; Torcal 2006; Zmerli 2004), eine adäquate Interpretation der Ergebnisse ist jedoch nur bei Durchführung einer Mehrebenenanalyse möglich. Gabriel/Walter-Rogg (2008) stellten im Zuge ihrer Untersuchung neuer und etablierter Demokratien fest, dass politisches Vertrauen größtenteils über individuelle Mechanismen erklärt wird, höchstens kompositionelle Effekte eine Rolle spielen, reine Kontexteffekte hingegen selten sind. Allerdings ist anzunehmen, dass politisches Vertrauen in Phasen politischen Umbruchs stärker von konsolidierungsspezifischen Kontextmerkmalen abhängt, wie beispielsweise die Art des Systemübergangs, Kontinuität nach dem Systemübergang oder die soziodemographische Entwicklung (Diamandouros 1997; Merkel/Puhle 1999). Diese Annahme bedarf jedoch einer gesonderten Überprüfung mittels Mehrebenenanalysen, was den Rahmen dieses Papiers sprengen würde. Stattdessen wollen wir uns im nächsten Abschnitt abschließend detaillierter mit den Dimensionen politischen Vertrauens auseinandersetzen.

### **5.3 Gemeinschafts- oder tauschbasiertes Vertrauen?**

Der Annahme (H9) entsprechend müsste unmittelbar nach dem Systemumbruch, in der ersten Phase der Euphorie, ein höherer Anteil gemeinschaftsbasierten Vertrauens gegeben sein, da das Vertrauen in die neuen demokratischen Institutionen noch stärker von der Ablehnung des alten Regimes profitiert (Mishler/Rose 1999). Verbunden mit politischen (und wirtschaftlichen) Herausforderungen würde danach wieder verstärkt die tauschbasierte Dimension politischen Vertrauens in Erscheinung treten, die jedoch langfristig vom gemeinschaftsbasierten Vertrauen ersetzt wird. Indem die Vertrauensdimensionen mit den grundlegenden Erklärungsansätzen verknüpft wurden, was in Abbildung 4 veranschaulicht wird, soll diese Annahme nun mittels der Erklärungskraft der jeweiligen Modelle geklärt werden.

In Tabelle 6 wird die erklärte Varianz je Modell, Welle und Land dargestellt. Nachdem die Systemübergänge in den süd- bzw. mittel- und osteuropäischen Ländern zu ungleichen Zeitpunkten stattfanden und sich die demokratische Konsolidierung in den beiden Ländergruppen voneinander unterscheidet, ist an dieser Stelle eine länderspezifische Betrachtung erforderlich. Ferner werden für die institutionalistischen Ansätze zwei Modelle<sup>33</sup> dargestellt, wobei in Modell A die ökonomische Performanzzufriedenheit sowie die *Hometeam*-Hypothese überprüft wird, in Modell B zusätzlich die politische Performanzzufriedenheit.

**Abbildung 4: Dimensionen des politischen Vertrauens**



Ganz allgemein ist die Erklärungskraft des institutionalistischen Modells deutlich höher als die des kulturalistischen Modells, insbesondere bei Einbezug der politischen Performanzzufriedenheit als Indikator. Demzufolge ist die tauschbasierte Vertrauensdimension in allen Ländern, unabhängig vom Zeitpunkt des Systemumbruchs, stärker ausgeprägt als die gemeinschaftsbasierte.

Die südeuropäischen Länder hatten mit der zweiten Welle bereits die erste Phase der Euphorie hinter sich gelassen, so dass zunächst die tauschbasierte Dimension überwiegen und darauf folgend die gemeinschaftsbasierte Dimension ansteigen müsste. In Spanien und Portugal scheint die Annahme auf den ersten Blick nicht zuzutreffen, da die Erklärungskraft des kulturalistischen Modells jeweils nur sehr geringfügig ausfällt. Betrachtet man jedoch die Erklärungskraft des institutionalistischen Modells, so wird auffällig, dass die erklärte Varianz in der vierten Welle ebenfalls eher gering ist, was ein Hinweis auf schwindendes tauschbasiertes Vertrauen im Laufe der Zeit sein könnte. Es wird jedoch notwendig sein, die Annahme mit weiteren Daten bzw. Datenpunkten zu überprüfen.

Da sich die mittel- und osteuropäischen Länder in der zweiten Welle zeitlich noch sehr nah am Systemumbruch befinden, wäre es hier denkbar, dass die *Honeymoon*-Phase noch anhält. Die gemeinschaftsbasierte Dimension ist jedoch generell sehr geringfügig ausgeprägt und erreicht auch in der vierten Welle keine höheren Werte. Einzige Ausnahme ist Ostdeutschland: Hier konnten in der vierten Welle immerhin neun Prozent der Varianz durch das kulturalistische Modell erklärt werden. Auch hier ist jedoch die tauschbasierte Dimension deutlich stärker ausgeprägt. Weiterhin war in zahlreichen

<sup>33</sup> Aus Gründen der Vergleichbarkeit zwischen den Ländern wurde der Indikator „Vertrauen in die EU“ aus diesen Modellen ausgeschlossen.



Ländern ein auffälliger Rückgang der Erklärungskraft des institutionalistischen Modells von der dritten hin zur vierten Welle zu verzeichnen. Den Annahmen entsprechend müsste sich in der nächsten Phase, wenn politische und wirtschaftliche Umwälzungen überwunden sind, die gemeinschaftsbasierte Dimension wieder stärker herausbilden.

**Tabelle 6: Erklärungskraft der einzelnen Modelle**

	Kulturalistische Ansätze			Institutionalistische Ansätze				
	Welle 2	Welle 3	Welle 4	Modell A			Modell B	
				Welle 2	Welle 3	Welle 4	Welle 3	Welle 4
Portugal	ns	-	ns	,02	-	,04	-	,07
Spanien	,03	,04	,03	,03	,03	,01	,11	,06
Ostdeutschland	,01	,01	,09	,04	,07	,14	,16	,32
Slowenien	,02	ns	,02	,02	,02	,03	,14	,07
Polen	,04	,01	,03	,05	,04	,02	,11	,05
Ungarn	,01	ns	,02	,05	,06	,05	,16	,14
Tschechien	,03	,03	,01	,02	,06	,03	,17	,08
Slowakei	ns	,02	ns	,03	,07	,05	,20	,15
Rumänien	ns	,02	,01	,02	,02	,02	,08	,11
Bulgarien	,01	,02	,02	,01	,09	,09	,15	,19
Estland	-	,04	,03	-	,03	,03	,10	,15
Lettland	-	,04	,01	-	,05	,04	,18	,14
Litauen	-	,03	ns	-	,07	,07	,19	,15

Quelle und Anmerkungen: WVS 2-4. Dargestellt ist die erklärte Varianz des jeweiligen Modells. „ns“ bedeutet, dass das Modell ist nicht signifikant ist; „-“ bedeutet, dass die notwendigen Daten nicht erhoben wurden.

Zusammengefasst bleibt festzuhalten, dass die Hypothese über die Entwicklung der beiden Vertrauensdimensionen nur teilweise bestätigt werden konnte. Auch wenn beide Vertrauensdimensionen theoretisch notwendig sind (Braithwaite 1998), steht die tauschbasierte Dimension in neuen Demokratien im Vordergrund, was mit den Schlussfolgerungen bei Gabriel/Zmerli (2006) und Mishler/Rose (1999) einhergeht. Allerdings muss darauf hingewiesen werden, dass aufgrund fehlender Daten in einzelnen Ländern und der Problematik, dass für einzelne Indikatoren kulturalistischer Ansätze im WVS wenig adäquate Messungen vorgenommen wurden<sup>34</sup>, sind die Ergebnisse zumindest kritisch zu hinterfragen.

Wichtiger ist allerdings die Frage, ob die ungleich schwächer ausgeprägte gemeinschaftsbasierte Dimension eine Gefahr für neue Demokratien darstellt, d.h. ob politisches Vertrauen in Zeiten wirtschaftlicher Krisen soweit gefährdet ist, dass Regieren unmöglich wird. Eine Antwort darauf zu geben ist schwierig, mit Blick auf die Indikatoren der institutionalistischen Ansätze wird jedoch vieles klarer: Nicht nur die Zufriedenheit der Bürger mit den ökonomischen Leistungen eines Systems wirkt sich förderlich auf politisches Vertrauen aus – auch, und sogar insbesondere die Zufriedenheit mit politischer Performanz ist von Bedeutung (vgl. auch Mishler/Rose 2001): Für politisches Vertrauen scheint

<sup>34</sup> Exemplarisch wurden die Analysen parallel mit der ersten Welle der *European Social Survey* (ESS) durchgeführt, die leider nur über eine begrenzte Anzahl für diese Analyse relevanter Länder verfügt. Außerdem wurden weitere Indikatoren des Sozialkapitalkonzeptes im Rahmen dieser Analyse untersucht. In beiden Fällen konnte dadurch die erklärte Varianz der kulturalistischen Ansätze erheblich gesteigert werden.

demnach in erster Linie das Funktionieren des demokratischen Systems ausschlaggebend zu sein. Demzufolge ist anzunehmen, dass auch in Zeiten wirtschaftlicher Krisen das Vertrauen der Bürger nicht vollständig verschwindet, solange „die Politik“ angemessen darauf reagiert. Erst wenn beides nachlässt, die Zufriedenheit der Bürger mit der Politik und der Wirtschaft, wird politisches Vertrauen zurückgehen und die Demokratie gefährden. Darüber hinaus darf nicht vergessen werden, dass politisches Vertrauen offensichtlich nicht ausschließlich rationalen Überlegungen folgt. Obwohl die gemeinschaftsbasierte Dimension nur schwach ausgeprägt ist, sind Normen und zwischenmenschliche Beziehungen für politisches Vertrauen ausschlaggebend.

## 6. Fazit

Zusammengefasst wurden im Rahmen der durchgeführten Analysen drei grundlegende Aspekte besprochen. Zunächst wurde die Entwicklung des Vertrauens in das Parlament nachgezeichnet, um danach die Bestimmungsfaktoren politischen Vertrauens allgemein zu überprüfen bzw. auf die Ausprägung der Vertrauensdimensionen einzugehen.

Die Überblicksdarstellung des Vertrauens in das Parlament von 1989 bis 2004 zeigte allgemein geringe Werte in neuen Demokratien auf. Bis auf eine Ausnahme vertrauen in jedem Land und zu jedem Untersuchungszeitpunkt deutlich weniger als die Hälfte der Befragten dem Parlament. In einigen Ländern konnten zudem so genannte *Honeymoon-* bzw. *Post-Honeymoon-Disillusionment*-Effekte nachgewiesen werden. Insbesondere in Ländern mit weiter zurückliegendem Systemumbruch (Spanien, Portugal) bzw. verstärkten Diffusionseffekten (Ostdeutschland, Slowenien) ist die Vertrauensentwicklung u-förmig.

In Hinblick auf die Bestimmungsfaktoren konnte nachgewiesen werden, dass sich die Sozialisation im demokratischen Kontext, soziales Vertrauen, die Zufriedenheit mit der politischen und wirtschaftlichen Situation sowie der EU, und die Tatsache, dass die bevorzugte Partei an der Regierung beteiligt ist auf politisches Vertrauen förderlich auswirken. Auch wenn sich Reziprozitätsnormen und insbesondere Werte der Gemeinschaft als weniger stabile Determinanten des Parlamentvertrauens herausstellten, konnte eindeutig belegt werden, dass beide Ansätze zur Erklärung politischen Vertrauens in neuen Demokratien beitragen – institutionalistische Erklärungsfaktoren allerdings zu einem größeren Anteil. Politisches Vertrauen setzt sich folglich, wie theoretisch dargelegt, aus zwei Dimensionen zusammen: einer tauschbasierten und einer gemeinschaftsbasierten, wenn auch die tauschbasierte stärker ausgeprägt ist.

Um jedoch einen vollständigen Eindruck vom Phänomen politisches Vertrauen in neuen Demokratien zu erhalten, wird es in zukünftigen Untersuchungen notwendig sein, im WVS fehlende Datenpunkte über andere Studien zu ergänzen – dies gilt insbesondere für die südeuropäischen Länder. Erst danach ist es möglich endgültige Schlüsse über die Vertrauensentwicklung bzw. die Dimensionen des Vertrauens in den neuen europäischen Demokratien zu ziehen. Des Weiteren wird die abhängige Variable zwar zu einem gewissen Anteil über individuelle Charakteristika erklärt, es ist jedoch anzu-

nehmen, dass politisches Vertrauen auch vom jeweiligen Kontext abhängt. Dies scheint insbesondere in der Anfangsphase neuer Demokratien der Fall zu sein, da hier weitere konsolidierungsspezifische Kontextfaktoren in Erscheinung treten: „The observed cross-national differences are due to distinct democratization experiences“ (Torcal 2006: 184). Die Frage, ob sich institutionelle Arrangements, die Art der Systemumbrüche bzw. Art und Dauer des jeweiligen autokratischen Regimes auf das Vertrauen in die demokratischen Institutionen auswirken, bleibt in weiterführenden Untersuchungen mittels Mehrebenenanalysen zu beantworten.

## Anhang

Tabelle 7: Zusammenfassende Darstellung der Bestimmungsfaktoren politischen Vertrauens

	Konzept	Hypothese	WVS	Welle 2	Welle 3	Welle 4
Kulturalismus	Sozialisation	Alter	X002 → Dummy-Variablen	X	X	X
		Werte der Gemeinschaft	A032, A035 → Index	X	X	X
	Sozialkapital	Reziprozitätsnormen	F114, F116, F117 → Index	X	X	X
		soziales Vertrauen	A165	X	X	X
		Netzwerkmitgliedschaft	A098 - A106 → drei Indizes		X	
	Wertewandel	Postmaterialismus	Y002 → Dummy-Variablen	X	X	X
Institutiona- lismus		Systemperformanz	E111		X	X
	Performanz (national)	<i>Hometeam</i> -Effekte	E179 → Dummy-Variablen	X	X	X
		Ökonomische Performanz	A170	X	X	X
	Performanz (international)	Vertrauen in die EU	E086	X	X	X
Kontrollvariablen		Geschlecht	x001	X	X	X
	Soziodemographische Merk- male	Bildung	x025 bzw. x23re	X	X	X
		Religiosität	F034	X	X	X
		Ethnische Zugehörigkeit	X051		X	
	Politische Einstellungen	Links-Rechts-Selbstpositionierung <sup>a)</sup>	E033	X	X	X
Politisches Interesse <sup>a)</sup>		E023	X	X	X	

Anmerkungen: Dargestellt wird die Verfügbarkeit aller Indikatoren zu den erarbeiteten Konzepten in den drei Wellen des WVS. Einige Variablen wurden für die weiterführenden Analysen so umkodiert, dass „Zufriedenheit“ bzw. positive oder affirmative Aussagen den niedrigen Wert, „Unzufriedenheit“ bzw. negative oder ablehnende Aussagen den höheren Wert zugeteilt bekommen. a) Beide Variablen wurden zwar in allen drei Wellen erhoben, allerdings insbesondere in der zweiten und dritten Welle nicht in allen Ländern.

## Literatur

- Almond, Gabriel A. und Sidney Verba (Hg.) (1965): *The Civic Culture. Political Attitudes and Democracy in five Nations*. Boston: Little, Brown and Company (1963, Princeton University Press).
- Benz, Arthur. 2002. Vertrauensbildung in Mehrebenensystemen. In: Schmalz-Bruns, Rainer und Reinhard Zintl (Hg.): *Politisches Vertrauen. Soziale Grundlagen reflexiver Kooperation*. Baden-Baden: Nomos: 275-291.
- Bermeo, Nancy (2000): *Civil Society after Democracy: Some Conclusions*. In: Bermeo, Nancy und Philip Nord (Hg.): *Civil Society Before Democracy. Lessons from Nineteenth-Century Europe*. Lanham et al.: Rowman & Littlefield: 237-260.
- Bernstein, Jeffrey L. (2001): *Linking Presidential and Congressional Approval During Unified and Divided Governments*. In: Hibbing, John R. und Elizabeth Theiss-Morse (Hg.): *What is it About Government that Americans Dislike?* Cambridge: Cambridge University Press: 98- 117.
- Bianco, William T. (1998): *Uncertainty, Appraisal, and Common Interest: The Roots of Constituent Trust*. In: Braithwaite, Valerie und Margaret Levi (Hg.): *Trust and Governance*. New York: Russell Sage: 245-266.
- Bierhoff, Hans-Werner (2002): *Politisches Vertrauen: Verschiedene Dimensionen, verschiedene Ebenen der Betrachtung*. In: Schmalz-Bruns, Rainer und Reinhard Zintl (Hg.): *Politisches Vertrauen. Soziale Grundlagen reflexiver Kooperation*. Baden-Baden: Nomos: 241-252.
- Braithwaite, Valerie (1998): *Communal and Exchange Trust Norms: Their Value Base and Relevance to Institutional Trust*. In: Braithwaite, Valerie und Margaret Levi (Hg.): *Trust and Governance*. New York: Russell Sage: 46-74.
- Braithwaite, Valerie und Margaret Levi (Hg.) (1998): *Trust and Governance*. New York: Russell Sage.
- Brunner, Wolfram und Dieter Walz (2000): *Das politische Institutionenvertrauen in den 90er Jahren*. In: Falter, Jürgen W., Oscar W. Gabriel und Hans Rattinger (Hg.): *Wirklich ein Volk? Die politischen Orientierungen von Ost- und Westdeutschen im Vergleich*. Opladen: Leske + Budrich: 175-208.
- Campbell, William Ross (2004): *The Sources of Institutional Trust in East and West Germany: Civic Culture or Economic Performance?* In: *German Politics* 13 (3): 401-418.
- Catterberg, Gabriela und Alejandro Moreno (2005): *The Individual Base of Political Trust: Trends in New and Established Democracies*. *International Journal of Public Opinion Research* 18 (1): 32-48.
- Chanley, Virginia A., Thomas J. Rudolph und Wendy M. Rahn (2001): *Public Trust in Government in the Reagan Years and Beyond*. In: Hibbing, John R. und Elizabeth Theiss-Morse (Hg.): *What is it About Government that Americans Dislike?* Cambridge: Cambridge University Press: 59-78.
- Citrin, Jack (1974): *Comment: The Political Relevance of Trust in Government*. In: *The American Political Science Review* 68 (3): 973-988.
- Cole, Richard L. (1973): *Toward a Model of Political Trust: A Causal Analysis*. In: *American Journal of Political Science* 17 (4): 809-817.
- Coleman, James Samuel (1995): *Grundlagen der Sozialtheorie*. München: Oldenbourg.
- Crozier, Michel, Samuel P. Huntington und Joji Watanuki (1975): *The Crisis of Democracy: Report on the Governability of Democracies to the Trilateral Commission*. New York: New York University Press.
- Denters, Bas, Oscar Gabriel und Mariano Torcal (2007): *Political confidence in representative democracies: socio-cultural vs. political explanations*. In: Van Deth, Jan, José Ramón Montero und Anders Westholm (Hg.): *Citizenship and Involvement in European Democracies. A comparative analysis*. London/New York: Routledge: 66-87.
- Diamond, Larry (2002): *Consolidating Democracies*. In: LeDuc Lawrence, Richard G. Niemi und Pippa Norris (Hg.): *Comparing Democracies 2. New challenges in the Study of Elections and Voting*. London/Thousand Oaks/New Delhi: Sage: 210-229.
- Diamond, Larry (1998): *Political culture and democratic consolidation*. Madrid: Instituto Juan March de Estudios e Investigaciones.

- Diamandouros, Nikofofos P. (1997): Southern Europe: A Third Wave Success Story. In: Diamond, Larry, Marc F. Plattner, Yun-han Chu und Hung-mao Tien (Hg.): Consolidating the Third Wave Democracies. Regional Challenges. Baltimore/London: The Johns Hopkins University Press: 3-25.
- Easton, David (1975): A Re-Assessment of the Concept of Political Support. In: British Journal of Political Science 5 (4): 435-457.
- Easton, David (1965): A Systems Analysis of Political Life. New York/London/Sydney: John Wiley & Sons.
- Esser, Hartmut (1999): Soziologie. Allgemeine Grundlagen. Frankfurt/New York: Campus Verlag.
- Frevert, Ute (2002): Vertrauen in historischer Perspektive. In: Schmalz-Bruns, Rainer und Reinhard Zintl (Hg.): Politisches Vertrauen. Soziale Grundlagen reflexiver Kooperation. Baden-Baden: Nomos: 39-59.
- Fuchs Dieter (1989): Die Unterstützung des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Fuchs, Dieter und Hans-Dieter Klingemann (2006): Democratic communities in Europe. A comparison between East and West. In: Klingemann, Hans-Dieter, Dieter Fuchs und Jan Zielonka (Hg.): Democracy and Political Culture in Europe. New York/Abingdon: Routledge: 25-66.
- Gabriel, Oscar W. (2002): Politisches Vertrauen. In: Greiffenhagen, Martin und Sylvia Greiffenhagen (Hg.): Handwörterbuch zur Politischen Kultur der BRD. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag: 494-499.
- Gabriel, Oscar W. (1999): Integration durch Institutionenvertrauen. Struktur und Entwicklung des Verhältnisses der Bevölkerung zum Parteienstaat und zum Rechtsstaat im vereinigten Deutschland. In: Friedrichs, Jürgen und Wolfgang Jagodzinski (Hg.): Soziale Integration. Sonderheft 39 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag: 199-238.
- Gabriel, Oscar W. (1995): Political Efficacy and Trust. In: Van Deth, Jan W. und Elinor Scarbrough (Hg.): The impact of values. Oxford: Oxford University Press: 357-389.
- Gabriel, Oscar W. (1986): Politische Kultur, Postmaterialismus und Materialismus in der Bundesrepublik Deutschland. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Gabriel, Oscar W. und Melanie Walter-Rogg (2008): Social Capital and Political Trust. In: Meulemann, Heiner (Hg.): Social Capital in Europe: Similarity of Countries and Diversity of People? Multi-level analyses of the European Social Survey 2002. Leiden/Boston: Brill: 219-250.
- Gabriel, Oscar W. und Sonja Zmerli (2006): Politisches Vertrauen: Deutschland in Europa. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 30-31.
- Gabriel, Oscar W. und Volker Kunz (2002): Die Bedeutung des Sozialkapital-Ansatzes für die Erklärung des politischen Vertrauens. In: Schmalz-Bruns, Rainer und Reinhard Zintl (Hg.): Politisches Vertrauen. Soziale Grundlagen reflexiver Kooperation. Baden-Baden: Nomos: 255-274.
- Gabriel, Oscar W., Volker Kunz, Sigrid Roßteutscher und Jan van Deth (2002): Sozialkapital und Demokratie. Zivilgesellschaftliche Ressourcen im internationalen Vergleich. Vienna: Wiener Universitätsverlag.
- Gamson, William A. (1968): Power and discontent. Homewood, Illinois: Dorsey Press.
- Göhler, Gerhard (2002): Stufen des politischen Vertrauens. In: Schmalz-Bruns, Rainer und Reinhard Zintl (Hg.): Politisches Vertrauen. Soziale Grundlagen reflexiver Kooperation. Baden-Baden: Nomos: 221-238.
- Greiffenhagen, Sylvia (2002): Politische Sozialisation. In: Greiffenhagen, Martin und Sylvia Greiffenhagen (Hg.): Handwörterbuch zur Politischen Kultur der BRD. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag: 404-418.
- Hardin, Russell (1999): Do We Want Trust in Government? In: Warren, Mark E. (Hg.): Democracy and Trust. Cambridge: Cambridge University Press: 22-41.
- Hardin, Russell (1998): Trust in Government. In: Braithwaite, Valerie und Margaret Levi (Hg.): Trust and Governance. New York: Russell Sage: 9-27.
- Hartmann, Martin (2004): Vertrauen. In: Göhler, Gerhard, Matthias Iser und Ina Kerner (Hg.): Politische Theorie. 22 umkämpfte Begriffe zur Einführung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften: 385-401.

- Hartmann, Martin (2002): Vertrauen als demokratische Erfahrung. In: Schmalz-Bruns, Rainer und Reinhard Zintl (Hg.): Politisches Vertrauen. Soziale Grundlagen reflexiver Kooperation. Baden-Baden: Nomos: 77-98.
- Hartmann, Martin und Claus Offe (Hg.) (2001): Vertrauen. Die Grundlage des sozialen Zusammenhalts. Frankfurt/New York: Campus Verlag.
- Hibbing, John R. und Elizabeth Theiss-Morse (Hg.) (1995): Congress as public enemy : public attitudes toward American political institutions. Cambridge: Cambridge University Press.
- Holmberg, Sören (1999): Down and Down We Go: Political Trust in Sweden. In: Norris, Pippa (Hg.): Critical Citizens. Global Support for Democratic Government. Oxford: Oxford University Press: 103-122.
- Huntington, Samuel P. (1991): The Third Wave. Democratization in the late Twentieth Century. Norman and London: University of Oklahoma Press.
- Hurrelmann, Klaus, Matthias Grundmann und Sabine Walper (Hg.) (2008): Handbuch Sozialisationsforschung. Weinheim/Basel: Beltz Verlag.
- Inglehart, Ronald (1997): Modernization and Postmodernization: Cultural, Economic and Political Change in 43 Societies. Princeton, NJ: Princeton University Press.
- Inglehart, Ronald (1990): Culture Shift in Advanced Industrial Societies. Princeton, NJ: Princeton University Press.
- Inglehart, Ronald (1988): The Renaissance of Political Culture. In: American Political Science Review 82: 1203-1230.
- Inglehart, Ronald (1977): The Silent Revolution: Changing Values and Political Styles Among Western Publics. Princeton: Princeton University Press.
- Inglehart, Ronald (1971): The Silent Revolution in Europe: Intergenerational Change in Postindustrial Societies. In: American Political Science Review 65: 991-1017.
- Inglehart, Ronald und Gabriela Catterberg (2002): Trends in political action: The Developmental Trend and the Post-Honeymoon Decline. International Journal of Comparative Sociology 43: 46-76.
- Inglehart, Ronald und Abramson, P. (1994): Economic Security and value change. American Political Science Review 88 (2): 336-354.
- Ismayr, Wolfgang (2004): Die politischen Systeme der EU-Beitrittsländer im Vergleich. In: Aus Politik und Zeitgeschichte B5-6: 5-14.
- Klingemann, Hans-Dieter, Dieter Fuchs und Jan Zielonka (Hg.) (2006): Democracy and Political Culture in Eastern Europe. New York/Abingdon: Routledge.
- Klingemann, Hans Dieter und Dieter Fuchs (Hg.) (1995): Citizens and the State. Beliefs in Government, Bd. 1, Oxford: Oxford University Press.
- Lepsius, Rainer M. (1997): Vertrauen zu Institutionen. In: Hradil, Stefan (Hg.) (1997): Differenz und Integration. Opladen: Westdeutscher Verlag: 283-293.
- Levi, Margaret (2001): Sociology of Trust. In: International Encyclopedia of the Social & Behavioral Sciences: 15922- 15926.
- Levi, Margaret (1998): A State of Trust. In: Braithwaite, Valerie und Margaret Levi (Hg.): Trust and Governance. New York: Russell Sage: 77-101.
- Lindenberg, Siegwart (1985): An Assessment of the New Political Economy: Its Potentials for the Social Sciences and for Sociology in Particular. In: Sociological Theory 3 (1): 99-114.
- Linz, Juan J. (2000): Totalitarian and Authoritarian Regimes. With a major new introduction. Boulder/London: Lynne Rienner.
- Linz, Juan J. und Alfred Stephan (1996): Problems of Democratic Transition and Consolidation. Southern Europe, South America and Post-Communist Europe. Baltimore: The Hopkins University Press.
- Lipset, Seymour M. (1981): Political man: the social bases of politics. Baltimore: Johns Hopkins University Press.
- Lipset, Seymour M. (1960): Political Man. The Social Bases of Politics. New York: Anchor Books.

- Lipset, Seymour M. und Schneider, William (1983): The Decline of Confidence in American Institutions. In: *Political Science Quarterly* 98 (3).
- Listhaug, Ola und Matti Wiberg (1995): Confidence in Political and Private Institutions. In: Klingemann, Hans Dieter und Dieter Fuchs (Hg.): *Citizens and the State. Beliefs in Government*, Bd. 1, Oxford: Oxford University Press: 298-322.
- Lühiste, Kadri (2006): Explaining trust in political institutions: Some illustrations from the Baltic states. In: *Communist and Post-Communist Studies* 39: 475-496.
- Magalhães, Pedro C. (2006): Confidence in parliaments: Performance, representation, and accountability. In: Torcal, Mariano und José Ramón Montero (Hg.): *Political Disaffection in Contemporary Democracies: Social capital, institutions, and politics*. London/ New York: Routledge: 190-214.
- Marková, Ivana (Hg.) (2004): *Trust and democratic transition in post-communist Europe*. Oxford: Oxford University Press.
- Merkel, Wolfgang und Hans-Jürgen Puhle (1999): *Von der Diktatur zur Demokratie. Transformationen, Erfolgsbedingungen, Entwicklungspfade*. Opladen/Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Miller Arthur H. (1974): Political Issues and Trust in Government: 1964-1970. In: *The American Political Science Review* 68 (3): 951-972.
- Miller William L., Tatyana Y. Koshechkina und Åse B. Grødeland (2004): Diffuse Trust or Diffuse Analysis? The Specificity of Political Distrust in Post-Communist Europe. In: Marková, Ivana (Hg.): *Trust and democratic transition in post-communist Europe*. Oxford: Oxford University Press: 133-156.
- Miller, Arthur H. und Ola Listhaug (1999): Political Performance and Institutional Trust. In: Norris, Pippa (Hg.): *Critical Citizens. Global Support for Democratic Government*. Oxford: Oxford University Press: 204-216.
- Mishler, William und Richard Rose (2005): What Are the Political Consequences of Trust? A Test of Cultural and Institutional Theories in Russia. In: *Comparative Political Studies* 38: 1050-1078.
- Mishler, William und Richard Rose (2001): What are the Origins of Political Trust? Testing Institutional and Cultural Theories in Post-communist Societies. In: *Comparative Political Studies* 34: 30-62.
- Mishler, William und Richard Rose (1999): Five years after the Fall. In: Norris, Pippa (Hg.): *Critical Citizens. Global Support for Democratic Government*. Oxford: Oxford University Press: 78-99.
- Mishler, William und Richard Rose (1997): Trust, Distrust and Skepticism: Popular Evaluations of Civil and Political Institutions in Post-Communist Societies. In: *Journal of Politics* 59 (2): 418-451.
- Newton, Ken (2008): Trust and Politics. In: Castiglione, Dario, Jan W. van Deth und Guglielmo Wolleb (Hg.): *The Handbook of Social Capital*. Oxford: Oxford University Press: 241-272.
- Newton, Ken (1999): Social and political trust in established democracies. In: Norris, Pippa (Hg.): *Critical Citizens. Global Support for Democratic Government*. Oxford: Oxford University Press: 169-187.
- Newton, Ken (1997): Social capital and democracy. In: *American Behavioral Scientist* 40: 575-586.
- Newton, Kenneth und Pippa Norris (2000): Confidence in public institutions: faith, culture, or performance. In: Pharr, Susan J. und Robert D. Putnam (Hg.): *Disaffected Democracies. What's Troubling the Trilateral Countries?* Princeton, N.J.: Princeton University Press: 55-73.
- Norris, Pippa (Hg.) (1999): *Critical Citizens. Global Support for Democratic Government*. Oxford: Oxford University Press.
- Offe, Claus (2001): Wie können wir unseren Mitbürgern vertrauen? In: Hartmann, Martin und Claus Offe (Hg.): *Vertrauen. Die Grundlage des sozialen Zusammenhalts*. Frankfurt/New York: Campus Verlag: 241-294.
- Patrick, Glenda (1984): Political Culture. In: Sartori, Giovanni (Hg.): *Social Science Concepts: A Systematic Analysis*. London [u.a.]: Sage: 264-314.
- Pickel, Gert und Dieter Walz (1995): Politisches Institutionenvertrauen in der Bundesrepublik Deutschland in zeitlicher Perspektive. In: *Journal für Sozialforschung* 35: 145-156.
- Pollack, Dettlef, Jörg Jacobs, Olaf Müller und Gert Pickel (Hg.) (2003): *Political Culture in Post-Communist Europe. Attitudes in new democracies*. Burlington: Ashgate.



- Pridham, Geoffrey (1984): Comparative Perspectives on the New Mediterranean Democracies: A Model of Regime Transition? In: *West European Politics* 7: 1-29.
- Putnam, Robert D. (2001): *Gesellschaft und Gemeinsinn*. Gütersloh: Verlag Bertelsmann Stiftung.
- Putnam, Robert D. (2000): *Bowling alone. The Collapse and Revival of American Community*. New York: Simon and Schuster.
- Putnam, Robert D. (1995): *Bowling alone: America's Declining Social Capital*. In: *Journal of Democracy* 6 (1): 65-78.
- Putnam, Robert D. (1993): *Making democracy work. Civic Traditions in Modern Italy*. Princeton/NJ: Princeton University Press.
- Pye, Lucien W. (2000): *Kultur als Schicksal. Politische Kultur im Wandel von Gesellschaftssystemen. Zur Geschichte politischer Kulturforschung*. In: *Berliner Debatte INITIAL* 11/5: 5-16.
- Pye, Lucien W. (1972): *Culture and Political Science: Problems in the evaluation of the concept of political culture*. In: *Social Science Quarterly* 53 (2): 285-296.
- Rohrschneider, Robert (1999): *Learning Democracy. Democratic and Economic Values in Unified Germany*. Oxford: Oxford University Press.
- Rohrschneider, Robert und Rüdiger Schmitt-Beck (2003): *Trust in Democratic Institutions in Germany: Theory and Evidence Ten Years After Unification*. In: *German Politics* 11: 35-58.
- Rothstein, Bo und Dietlind Stolle (2008): *Political institutions and generalized trust*. In: Castiglione, Dario, Jan W. van Deth und Guglielmo Wolleb (Hg.): *The Handbook of Social Capital*. Oxford: Oxford University Press: 272-302.
- Sniderman, Paul M. (1981): *A question of loyalty*. Berkeley [u.a.]: University of California Press.
- Terwey, Michael (1996): *Demokratiezufriedenheit und Vertrauen: Politische Unterstützung in Westeuropa und im vereinten Deutschland*. In: *ZA-Information* 39.
- Torcal, Mariano (2006): *Political disaffection and democratization history in new democracies*. In: Torcal, Mariano und José Ramón Montero (Hg.): *Political Disaffection in Contemporary Democracies: Social capital, institutions, and politics*. London/ New York: Routledge: 157-189.
- Torcal, Mariano und José Ramón Montero (Hg.) (2006): *Political Disaffection in Contemporary Democracies: Social capital, institutions, and politics*. London/ New York: Routledge.
- Tyler, Tom R. (1998): *Trust and Democratic Governance*. In: Braithwaite, Valerie und Margaret Levi (Hg.): *Trust and Governance*. New York: Russell Sage: 269-294.
- Tyler, Tom R. (2001): *The Psychology of Public Dissatisfaction with Government*. In: Hibbing, John R. und Elizabeth Theiss-Morse (Hg.): *What is it About Government that Americans Dislike?* Cambridge: Cambridge University Press: 227-242.
- Uslaner, Eric M. (2002): *The moral foundations of trust*. New York [u.a.]: Cambridge University Press.
- Völkl, Kerstin (2006): *Überwiegt die Verdrossenheit oder die Unterstützung? Die Einstellungen der West- und Ostdeutschen zur Demokratie, zu politischen Institutionen und Politikern*. In: Falter, Jürgen W., Oscar W. Gabriel, Hans Rattinger und Harald Schoen (Hg.): *Sind wir ein Volk? Ost- und Westdeutschland im Vergleich*. München: C.H. Beck: 57-81.
- Von Beyme, Klaus (1994): *Systemwechsel in Osteuropa*. Frankfurt/Main: Suhrkamp.
- Walz, Dieter (1996): *Vertrauen in Institutionen in Deutschland zwischen 1991 und 1995*. In: *ZUMA-Nachrichten* 38: 70-89.
- Watier, Patrick und Ivana Marková (2004): *Trust as a Psychological Feeling: Socialization and Totalitarianism*. In: Marková, Ivana (Hg.): *Trust and democratic transition in post-communist Europe*. Oxford: Oxford University Press: 25-46.
- Welzel, Christian und Ronald Inglehart (2005): *Modernization, Cultural Change, and Democracy: The Human Development Sequence*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Wenzel, Harald (2002): *Vertrauen und Integration moderner Gesellschaften*. In: Schmalz-Bruns, Rainer und Reinhard Zintl (Hg.): *Politisches Vertrauen. Soziale Grundlagen reflexiver Kooperation*. Baden-Baden: Nomos: 61-76.
- Westle, Bettina (1989): *Politische Legitimität*. Baden-Baden: Nomos.

- Zintl, Reinhard (2002): Rationalität und Moralität politischen Vertrauens. In: Schmalz-Bruns, Rainer und Reinhard Zintl (Hg.): Politisches Vertrauen. Soziale Grundlagen reflexiver Kooperation. Baden-Baden: Nomos: 171-190.
- Zmerli, Sonja (2004): Politisches Vertrauen und Unterstützung. In: Van Deth, Jan W. (Hg.): Deutschland in Europa. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften: 229-255.
- Zmerli, Sonja, Kenneth Newton und José Ramón Montero (2007): Trust in people, Confidence in Political Institutions, and Satisfaction with Democracy. In: Van Deth, Jan, José Ramón Montero und Anders Westholm (Hg.): Citizenship and Involvement in European Democracies. A comparative analysis. London/New York: Routledge: 37-65.
- Zürcher, Markus Daniel (2002): Soziale Gerechtigkeit, Solidarität und politisches Vertrauen. In: Schmalz-Bruns, Rainer und Reinhard Zintl (Hg.): Politisches Vertrauen. Soziale Grundlagen reflexiver Kooperation. Baden-Baden: Nomos: 157-170.